Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 M., durch die Post 2,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Redaktion Nr. 1140; der Geschäftsstelle Nr. 1153 a. Anzeigen-Geschäftsstelle: Große Ulrichstraße 63, I; Telephon Nr. 590 u. 591.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Dreiundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen:
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 63, I sowie von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf. für Halle und auswärts 1 Mk.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24. Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 63, I; Telephon Nr. 590 u. 591.

Nr. 65. **Halle a. S., Dienstag, den 9. Februar** **1909.**

Zur Ankunft des englischen Königspaares.

Das englische Königspaar, das heute mittag in Berlin eintrifft, ist bereits beim Passieren der deutschen Grenze mit militärischen Ehren empfangen worden. Auf dem Bahnhof in Herbestal war eine Ehrenkompagnie des Füsilier-Regiments Nr. 40 aus Aachen im Paradeanzug mit Fahne und Musik, — die direkten Vorgesetzten vor der Front — aufgestellt. In Rathenow, wohin der militärische Ehrendienst — General v. Loewenfeld, Admiral v. Usedom (derselbe, der im Jahre 1900 während der Chinawirren die deutschen Truppen in dem von dem englischen Admiral Seymour befehligten Expeditionskorps gegen Peking führte) und Major von Bärensprung dem Königspaar entgegenfährt, ist militärischer Empfang auf dem Bahnhofe durch eine Schwadron des Zieten-Husaren-Regiments und eine Kompagnie des Füsilier-Regiments Nr. 35 aus Brandenburg vorgesehen.

König Eduard und Königin Alexandra werden im Berliner Schlosse die sogenannten Königskammern der „Wilhelmschen Wohnung" beziehen, die als die schönsten Räume des Schlosses gelten. Aus zweiundzwanzig Fenstern genießt man hier einen weiten Blick über den ganzen Lustgarten. Die Räume, in denen König Eduard wohnt, sind im Stile Louis XVI. ausgebaut und mit kostbaren Gobelins und Möbeln des alten Schlosses ausgestattet. Die Zimmer der Königin hatte einst Friedrich Wilhelm II. inne. Hier ist alles im Direktoirestil von 1790 gehalten. Die Wände sind bedeckt mit Tier- und Jagdstücken und die Porträts von Mitgliedern des preußischen Königshauses und verwandter Fürstenfamilien blicken auf den Gast hernieder. Am Mittwoch wird der Britenkönig das Rathaus im Zentrum Berlins besuchen.

*

Besonders erfreulich erscheint es, daß Eduard VII. nicht bloß von den Vertretern Berlins am Brandenburger Tor empfangen wird, sondern auch dem Magistrat im Rathause einen Besuch abstattet. Damit werden die Empfangsfeierlichkeiten des rein höfischen Charakters entkleidet und bringen die politische Seite des Besuchs zum Ausdruck. In dem Augenblick, in welchem Eduard VII. als Gast des deutschen Kaisers und des deutschen Volkes auf deutscher Erde weilt, wäre es unangebracht, allzu emsig in der Vergangenheit zu wühlen und alle Streitpunkte wieder hervorzusuchen, die im letzten Jahrzehnt die deutsch-englischen Beziehungen so bedenklich getrübt haben. Aber auch die Rücksicht, die man dem Besucher schuldig ist, kann nicht so weit getrieben werden, daß man die Vergangenheit völlig auswischen sollte. Dabei wird man zugeben müssen, daß Eduard VII. bei uns nicht immer gerecht beurteilt worden ist. Man hat ihm vielleicht manchen Fehlschlag der deutschen Politik in die Schuhe geschoben, an dem wir selbst den größeren Teil der Schuld getragen haben. Nur allmählich hat sich die Oeffentlichkeit daran gewöhnt, in König Eduard, der als Tronerbe so gern über die Stränge schlug, einen Monarchen zu erblicken, der mit Eifer und Geschick die Interessen seines Volkes zu vertreten wußte. Als aber die politische Bedeutung des Königs von England nicht mehr übersehen werden konnte, da ist man vielfach in das andere Extrem verfallen, indem man in ihm den Vater aller Hindernisse, die sich der Politik des Deutschen Reiches entgegenstellten, sehen wollte. Die Wahrheit liegt auch in diesem Falle in der Mitte. Eduard VII. ist kein überragendes politisches Genie, aber er kennt die Menschen und die Dinge sehr genau, und er versteht sich ausgezeichnet auf das politische Geschäft. So gelang es ihm, indem er seine Fäden nach allen Seiten zog, sehr schnell, den Standpunkt der splendid isolation, der auch für das britische Inselreich auf die Dauer etwas beängstigendes hatte, zu überwinden und zu einer ganzen Reihe von größeren und kleineren Mächten Beziehungen anzuknüpfen. Die Entente cordiale mit Frankreich, das Bündnis mit Japan, die intime Freundschaft mit Spanien und Portugal sowie mit den nordischen Reichen fällt erst in die Regierung des jetzigen Königs; und wie er dabei überall die englische Diplomatie sehr wirkungsvoll unterstützt hat, so trug er auch persönlich zu der Verbesserung der Beziehungen zu Rußland bei. Nimmt man hinzu, daß auch Italien weiter nach England hinübergerückt ist und daß auch die Türkei unter dem neuen Regime im englischen Fahrwasser segelt, so wird man zugeben müssen, daß Eduard VII. auf eine große Reihe von Erfolgen zurückblicken kann. Daß dabei das Deutsche Reich immer mehr beiseite gedrängt wurde, ist nicht zu bestreiten, auch wenn man nicht annimmt, daß Eduard VII. von irgendwelcher Feindseligkeit gegen uns erfüllt sei. Jedenfalls ist es bisher noch nicht gelungen, eine aufrichtige deutsch-englische Verständigung herbeizuführen. Auch von dem jetzigen Besuch wird man in politischer Beziehung nicht zu viel erwarten dürfen. Aber wenigstens kann sich Eduard VII. jetzt persönlich davon überzeugen, daß im deutschen Volke der gute Wille lebendig ist, mit England in Frieden und Freundschaft zu leben.

*

Der Begrüssungsartikel der „Nordd. Allgem. Ztg."

In dem offiziösen Begrüßungsartikel der „Nordd. Allg. Ztg." heißt es u. a.: „Auch für die Beziehungen zwischen dem deutschen und dem englischen Volke versprechen wir uns Gutes von dieser Zusammenkunft. Die Kundgebungen freundwilliger Gesinnung und verwandschaftlicher Zuneigung, zu denen der Besuch willkommenen Anlaß gibt, werden eine neue Ermutigung für alle sein, die in Deutschland und in England bemüht sind, einer Entfremdung zwischen den beiden Reichen entgegenzuwirken und die deutsch-englischen Beziehungen in sichere Bahnen zu lenken. Mehr als je werden sich die Freunde eines guten Einvernehmens diesseits wie jenseits des Kanals überzeugen, daß aus dem persönlichen Verhältnis der Monarchen ihren Bestrebungen keine Schwierigkeit erwächst. Freilich wird es noch unverdrossener Aufklärungsarbeit bedürfen, um das Ziel zu erreichen, das in der Sicherung einer auf gegenseitige Wertschätzung begründeten Freundschaft zwischen den beiden großen Kulturvölkern vorgezeichnet ist."

*

Eine österreichische Stimme über den Besuch.

Anläßlich der Monarchenzusammenkunft in Berlin bringt die Wiener „Neue Freie Presse" in einem Leitartikel u. a. folgendes Interessante über König Eduard VII. und Kaiser Wilhelm II.:

„Trotz aller Anstrengungen, Englands Freundschaft zu gewinnen, wurde Wilhelm II., der Enkel der Königin Viktoria, am Hofe Eduards VII. nicht geliebt. Der hitzige und bewegliche Geist, das unruhige Temperament des Neffen stachen zu heftig gegen des Oheims phlegmatische Ruhe ab. Und war es schließlich nicht Deutschlands Hegemonie auf dem Kontinent, welche Englands Hegemonie auf dem Meere bedrohte? War es nicht das rapide Wachstum der deutschen Flotte, welches die Admiralität, die Presse und die öffentliche Meinung in England beunruhigte? Waren es nicht die deutschen Waren, die in der ganzen Welt Englands wirtschaftliche Oberhoheit bedrohten? Der war der Feind, der gesagt hatte: „Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser!"

Indem der König seine Freunde wählte, bezeichnete er deutlich seinen Gegner. Die Hegemonie da bekämpfen, wo sie sich befindet, das war von jeher die Generalidee der englischen Politik. Deutschlands Fortschreiten als Handels- und Seemacht zu hemmen, das ist heute die Spezialidee der Politik Eduards VII.

Kaiser Wilhelm hat gerade durch die Anstrengungen, die er gemacht hat, um die Politik seines Oheims zu durchkreuzen, diese Politik begünstigt. Möglich, daß der Kaiser falsch informiert und schlecht beraten war; möglich, daß er trotz seiner hohen Intelligenz und seiner edlen Absichten sich selbst auf einen falschen Weg verirrt hat — das kleinliche und schikanöse Vorgehen der deutschen Diplomatie in Marokko hat mehr dazu beigetragen, die Entente cordiale fest zu schließen, als die ganze Geschicklichkeit des Foreign Office und alle Liebenswürdigkeiten des Königs.

Niemals hat seit den Georgen ein König von England eine Politik gehabt, die persönlicher und zugleich den großen Interessen seines Landes besser angepaßt war."

*

Die „Kölnische Zeitung"

bringt an leitender Stelle einen Begrüßungsartikel mit folgenden hochbedeutsamen Sätzen:

„Eine Handelsrivalität, wie sie ja zweifellos, trotz vielfach gleicher Wirtschaftsinteressen, zwischen beiden Nationen besteht, braucht, — dies ist mit Recht oft genug hervorgehoben worden, — durchaus nicht notwendig mit einem Zustande politischer Gegnerschaft zusammenzufallen. Dafür haben wir in der Geschichte zahlreiche Belege, in der Gegenwart das Beispiel des Verhältnisses zwischen Großbritannien und Nordamerika.

Dennoch wäre es töricht, zu leugnen, daß der politische Horizont zurzeit noch bewölkt ist. Aber: „Je ruhiger und leidenschaftsloser die öffentliche Meinung eines Landes die einmal gegebene politische Lage auffaßt, um so ferner rückt die Gefahr, daß diese zum Nachteile des Landes ausgebeutet werde." Es erscheint uns angebracht, an diese, von einem österreichischen Blatte, der Neuen Freien Presse, gelegentlich eines frühern englischen Königsbesuchs geprägten und zweifellos voll zutreffenden Worte gerade jetzt zu erinnern: Halten wir uns in unserer Beurteilung der deutsch-englischen Beziehungen, auch wenn es herausfordernd von drüben herüberschallt, frei von Haß und von Leidenschaft, dann werden wir den Vorteil davon haben, der in jedem Streit dem kühlern Kopfe zufällt."

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

— Herr Wilhelm von Schoen, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und kaiserlicher Wirklicher Geheimer Rat, ist, wie die „B. Z. a. M." erfährt, vom Großherzog von Hessen durch die Verleihung der Freiherrnwürde ausgezeichnet worden und erhielt aus diesem Anlasse am Sonntag abend auf dem Empfange beim türkischen Botschafter die Glückwünsche von zahlreichen Mitgliedern der Berliner Gesellschaft und des diplomatischen Korps.

Sparsamkeit in der Kolonialverwaltung.

Die „Kölnische Zeitung" rügt in einem Artikel ihrer gestrigen Morgen-Ausgabe, daß bei der Aufstellung des Etats für das Reichs-Kolonialamt in einigen Punkten von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit wenig zu merken ist. Dieser Mangel in der Zentralverwaltung läßt, so meint das rheinische Blatt, allerdings auch für die Lokalverwaltung den Schluß nicht unberechtigt erscheinen, daß auch dort Mängel vorhanden sind. — Weiter heißt es nach Aufzählung zahlreicher Punkte:

„Die Einführung der Selbstregie für die Ausrüstung usw. der Schutztruppe, die wir seinerzeit als unvorteilhaft bezeichnet haben, erweist sich nach und nach ein als großer Fehler, gerade vom kaufmännischen Standpunkt aus. Besser sind die Uniformen sicher nicht geworden als zur Zeit von Tippelskirch, mit dessen Lieferung durchweg große Zufriedenheit herrschte, aber sehr viel teurer. Aus der Mitte des Reichstages sollte jedenfalls von der Kolonialverwaltung eine eingehende Darlegung darüber verlangt werden, wie früher und wie, natürlich unter Einrechnung der Kosten für alles zu diesem Verwaltungszweige verwandten Personals und für die Anmietung von Lagerräumen usw., sich jetzt die durchschnittlichen jährlichen Kosten der Uniformierung eines Europäers und eines Farbigen stellen. — Für nicht erforderlich halten wir auch, daß von Berlin aus kostspielige Truppeninspektionsreisen nach den Kolonien gemacht werden oder eine Art Generalstabsarbeit vorgenommen wird. Gerüchtweise verlautet, daß von der sogenannten Generalstabsabteilung im Oberkommando die Gouverneure über alle möglichen Dinge im Schutzgebiet befragt werden, und daß dieser Abteilung dann aus den Kolonien alle möglichen Berichte auch über die allgemeine politische Lage zugehen? Wozu das? Wir sind doch nicht in unseren Kolonien, um Kriege zu führen, sondern um sie wirtschaftlich zu entwickeln. Wenn schlecht bewaffnete Eingeborene wirklich einmal einen Aufstand versuchen, so mögen draußen unsere alten Offiziere und weißen Kaders mit ihren afrikanischen Erfahrungen sie rasch und wirksam aufs Haupt schlagen unter voller Ausnutzung ihrer Kenntnis von Land und Leuten, aber auch unter starker Berücksichtigung des Umstandes, daß der Neger kein ebenbürtiger Gegner ist, den man mit Aufziehen der ganzen europäischen Kriegsmaschine bekämpft."

Castro.

Aus Berlin wird geschrieben: Der Expräsident von Venezuela, Castro, hat dem Professor Israel für seine Operation die Summe von einhunderttausend Mark überweisen lassen. Der Aufenthalt Castros im Esplanade-Hotel erfordert täglich dreitausend Mark. Bisher macht die Rechnung zweihunderttausend Mark aus. Insgesamt dürfte Castro in Berlin etwa vierhunderttausend Mark ausgeben. — Castro äußerte sich zum Berliner Vertreter des Journal, er könne es absolut nicht begreifen, daß Gomez, dem er mehr als ein Vater gewesen sei, ihn verraten habe. Er sei überzeugt, Gomez habe aus Schwäche gehandelt und sich an die Spitze der Regierung von den Ereignissen tragen lassen.

Castro erklärte: wenn das Parlament als Staatsgerichtshof zusammentreten und ihn zur Verantwortung ziehen wolle, so sei er bereit, nach Caracas zurückzukehren und sich vor der Nationalversammlung zu verantworten. Er sei überzeugt, daß er als Triumphator hervorgehen und wieder seinen Platz als Präsident einnehmen werde, der ihm von Rechts wegen noch jetzt gebühre.

Partei-Nachrichten.

Hofprediger a. D. Stöcker †.

Aus Berlin meldet uns ein Privat-Telegramm:

H. Berlin, 8. Febr. Der frühere Reichstagsabgeordnete und Hofprediger a. D. Adolf Stöcker ist heute vormittag infolge Herzschlags verstorben.

Adolf Stöcker war am 11. Dezember 1835 in Halberstadt geboren. Er besuchte von 1841—1848 die Bürgerschule, dann das Gymnasium ebendaselbst, studierte von 1856—1858 in Halle Theologie, später in Berlin, wirkte eine Zeitlang als Hauslehrer, um im Jahre 1863 die Pfarrei in Seggerde, 1866 die in Hamersleben zu übernehmen. Im Jahre 1871 fungierte Stöcker als Divisionspfarrer in Metz, von 1874—1891 amtierte er als Hof- und Domprediger in Berlin. Diese Zeit bedeutet den Zenith von Stöckers politischer und kirchlicher Tätigkeit. Von 1879—1897 war Stöcker Mitglied des preuß. Abgeordnetenhauses, im Reichstage vertrat der jetzt Verstorbene Jahrzehnte hindurch — seit 1881 — den Kreis Siegen, der jetzt erst, gelegentlich der Ersatzwahl (Stöcker hatte aus Gesundheitsrücksichten das Mandat niedergelegt und als Nachfolger seinen Schwiegersohn, den Lic. Mumm, empfohlen), den Christlich Sozialen verlorenging. In den letzten Jahren war der frühere Hofprediger wenig im Parlament hervorgetreten. Seine Reden gegen die Sozialdemokratie wurden immer kürzer und matter. Stöckers politische Tätigkeit begann ungefähr vier Jahre nach seiner Berufung nach Berlin, als er die christlich-soziale Partei ins Leben rief. Die letzten Trümmer sah man bei der Siegener Nachwahl. Die Stöckers Tätigkeit gegenüber der Sozialdemokratie, der er zu Moltke Zeiten zahlreiche Volks-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19090209014/fragment/page=0001

versammlungsschlachten lieferte, mit wenig Erfolg gekrönt war, ebenso wenig vermochte er dem Antisemitismus, der in den 80er Jahren zahlreiche Elemente des Handwerker- und Beamtenstandes durch demagogische Künste an sich heranzog, auf die Beine zu helfen. — Stöcker war schließlich auch den Konservativen ein enfant terrible geworden, von dem man weit abrückte, so gern man sich auch sonst im Parlament von dem geistvollen und schlagfertigen Redner — verteidigen ließ, wenn die eigene Wissenschaft nicht ausreichte. Auf Stöckers Charakter warf der „Scheiterhaufenbrief" kein besonders günstiges Licht. Mit Stöcker sinkt der letzte Rest der von ihm gegründeten Partei ins Grab. Bedeutung hat sie schon lange nicht mehr — höchstens als Vorspann für die Konservativen.

Deutscher Reichstag.

201. Sitzung am 8. Februar, 2 Uhr.

Das Haus ist sehr schwach besetzt. Die allgemeine Besprechung beim Staatssekretär-Titel des

Etats des Reichsamtes des Innern

wird fortgesetzt.

Abg. Irl (Ztr.):

Bedauerlicherweise wird dem Handwerk noch immer nicht die gebührende Beachtung geschenkt. Das Handwerkergesetz von 1897 hat noch viele Mängel. Aber freilich, hätten wir dieses Gesetz noch nicht, so würde die Hoffnungslosigkeit des Handwerks und die Gleichgültigkeit gegenüber den Interessen des Handwerks noch viel größer sein, als sie ohnehin sind. Trotz der mangelnden Unterstützung der Presse, die zu sehr von Industrie und Großkapital abhängig ist, stellt sich doch mehr und mehr ein Bedürfnis der Handwerksmeister in Stadt und Land nach Organisation heraus. Ueber wichtigere Dinge werden die Handwerkskammern zwar zuweilen gutachtlich gehört, aber in der Regel erst auf ihr ausdrückliches Verlangen. Daß jetzt ein neues Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb vorliegt, begrüßen die Handwerker freudig. Aber sie verlangen auch, daß das schon bestehende Gesetz kräftiger durchgeführt wird. Die Arbeitsverhältnisse für die Gehilfen im Handwerk sind lange nicht so schlimm wie die für die Handwerker in der Industrie.

Sächs. Bevollm. Dr. Fischer:

Ein Wort zu den vorgestrigen Ausführungen des Abg. Zubeil. Er hat mir einen Vorwurf daraus gemacht, daß ich gewagt hätte, von meiner Regierung zu behaupten, daß sie das Vereinsgesetz loyal handhabe. Er beklagte sich darüber, daß Vereins-Lustbarkeiten oft als öffentliche behandelt und deshalb gelegentlich verhindert würden. Das geschieht aber eben nur dann, wenn zu den Tanzlustbarkeiten jedermann, Männlein und Weiblein, zugelassen wird, sofern er sich nur rasch in eine Liste einträgt. Für die Entscheidung, die meine Regierung in solchen Fällen trifft, übernimmt sie die volle Verantwortung. Und wenn Herr Zubeil daraus Anlaß nimmt, meiner Regierung generell illoyale Handhabung des Vereinsrechts vorzuwerfen, so ist das ein Vorwurf, über den ich glaube kein Wort weiter sagen zu müssen. (Beifall.)

Abg. Naumann (Frs. Vg.):

Die Frage des Koalitionsrechts läßt sich heute so stellen: Wo ist der Schutz des Schwächeren im Vergleich zu dem des Stärkeren? Ebenso wie der schwächere einzelne geschützt werden muß, ebenso muß auch der schwächere Verband Schutz genießen. Ich erinnere an die Vorgänge in Oberschlesien, das Vorgehen des Geheimrats Uthemann bei Gieches Erben. Er hat Angestellten, die sich ihre persönliche Freiheit nicht nehmen lassen wollten, gesagt: Ach was Freiheit, das ist Phrase! Wenn Sie nicht anders wollen, sind Sie entlassen! Dieser Vorgang geht sogar in der Form über das hinaus, was landesüblich ist. Nachdem nun vor acht Tagen in einer Versammlung des Bundes der Angestellten der Vertreter der Staatsregierung erklärt hat, der Minister werde, nachdem er sich über den Vorgang informiert habe, antworten, erwarten wir nun hier eine Antwort von dem Herrn Staatssekretär. Mit seinen neulichen allgemeinen Betrachtungen ist diese Sache nicht abgemacht. Juristisch mag sich gegen Herrn Uthemann, wenn er so gegen seine Beamten verfährt, nichts machen lassen. Aber die Gewerbeordnung berechtigt doch die Angestellten in den §§ 152 und 153 sich im Interesse von Lohnangelegenheiten zu verabreden, zusammenzuschließen. In Oberschlesien existiert dieses Koalitionsrecht gleichwohl nicht. Gestattet man den Arbeitern und Angestellten solche Verabredung nicht, so darf man sie ebenso wenig den Unternehmern gestatten, es dürfen dann also auch den Unternehmer-Verbänden nicht die schwarzen Listen erlaubt sein! Schwarze Listen, durch die man in Westfalen gleich 5000 Personen von der Arbeit ausschließt! Man sucht diese Anwendung der schwarzen Listen dort mit Kontraktbrüchen zu rechtfertigen. Meine Herren, 5000 Kontraktbrüche auf einmal, das ist an sich schon befremdlich. Wir wissen, wie gefährlich die Arbeit der Bergarbeiter ist. Sie steigen in diese gefährlichen Tiefen hinein, auf Grund eines angeblichen „Kontrakts", der nichts ist, als eine ganz einseitig dekretierte Arbeitsordnung! Es sind das ganz unkontrollierbare Privatrechte einzelner Unternehmerverbände im Staate! Dabei sind die Listen geheim, so daß nicht einmal kontrolliert werden kann, ob im Einzelfalle die Eintragung in die Liste begründet war. Und dabei ist selbst fraglich, ob die Veröffentlichung der Listen etwas nützt. Denn wer ist die Stelle, an die man sich wenden kann, um eine zu Unrecht erfolgte Eintragung in die schwarze Liste rückgängig zu machen? Die Bergaufsichtsbehörde oder ein Ausschuß? Oder wer sonst?! Die Zechenverwaltung schafft sich hier ein Unterträgigkeitsverhältnis der Arbeiter; sie kontingentiert sich die arbeitenden Personen, ebenso wie das Kohlensyndikat die Kohlenproduktion kontingentiert! Redner weist dann hin auf die große Zahl der Unfälle in der Großeisenindustrie in Rheinland und Westfalen: auf 1000 Personen 212 Unfälle im Jahre. Wie sollen sich diese Menschen, wenn sie sich bessere Arbeitsverhältnisse schaffen wollen, anders helfen, als durch das Koalitionsrecht. Dabei fällt auf die schwache Organisierbarkeit dieser Leute! Weil sie körperlich zu sehr ausgenutzt sind! Und weshalb sind sie dies? Wiederum weil sie nicht organisierbar sind! Das ist ein böser circulus. Der kleine Handwerker hält das Koalitionsrecht der Arbeiter aus. Die mittleren Betriebe ebenso. Und da kommt der Großeisenbetrieb und sagt: Wir halten es nicht aus. Da kommt einem doch die Großeisenindustrie äußerst kleinlich vor! Sind denn das nicht Parvenü-Existenzen, die so verfahren?! Im Liede heißt es: Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte! Aber diese Großeisenindustriellen wollen Knechte. Da kann man nur sagen: möge die Zukunft, von der der Staatssekretär hoffend sprach, bald kommen. (Beifall.)

Abg. Graf Carmer-Osten (kons.),

widerspricht den Angaben des Vorredners hinsichtlich der Vorgänge bei Gieches Erben. Es sei erst nur ein Steiger entlassen, und auch dieser nur wegen seines Auftretens in einer öffentlichen Versammlung, nicht wegen seiner Zugehörigkeit zum Bunde der technischen Angestellten. Den Angestellten sei sogar ausdrücklich vom Generaldirektor erklärt worden, daß ihrer Zugehörigkeit zum Bunde nichts entgegenstehe. Dann habe der Generaldirektor in der betr. Konferenz allerdings auch gesagt: die Anwesenden sollten sich nun entscheiden, ob sie dem Bunde weiter angehören oder sich auf seiten der Gesellschaft stellen wollten. (Großes Gelächter links; Rufe: Nun also!) Alles was in der Presse über den Vorfall gestanden habe, auch in dem demokratischen „Blaubuch", sei falsch. Fünf Mann seien entlassen, hätten aber ihr Gehalt natürlich bekommen bis zum Ablauf der Kündigungszeit. Zwei hätten überhaupt schon wegen ungenügender Leistungsfähigkeit auf der Kündigungsliste gestanden. Der Generaldirektor habe nicht anders handeln können. Von einer Beschränkung des Koalitionsrechts sei keine Rede. (Gelächter links.) Der „Bund" sei allein schuld. Denn daß sich ein

Abg. Kulerski (Pole):

Der Staatssekretär müht sich vergeblich, arbeiterfreundlich zu scheinen, seine Vorliebe für das Unternehmertum kommt doch immer wieder zum Vorschein. Die Lockspitzelaffäre Azew ist charakteristisch für unsere Zustände. Das ist man ja in Preußen gewöhnt. In Berlin schmuggelt man Polizeibeamte in sozialdemokratische Versammlungen und Vereine ein, in Gleiwitz und Posen in polnische, wo sie die Mitglieder zu verbotenem Tun provozieren.

Abg. Freiherr v. Gamp:

Diese Spitzelgeschichte gehört durchaus nicht hierher. Ueber die schwarzen Listen haben wir schon genug gesprochen. Nicht die Arbeiter sind Sklaven der Unternehmer, die Arbeitgeber sind geradezu den Arbeitern ausgeliefert. Der Staatssekretär sagt, er habe ein warmes Herz für die Arbeitgeber; nun, ich kann ihm sagen, die Behandlung der Arbeitgeber durch Gesetzgebung und Reichsverwaltung hat ungeheure Erbitterung und Mißmut hervorgerufen, und ich kenne Arbeitgeber, die ihre Betriebe ins Ausland verlegen wollen, wo sie nicht so schikaniert werden.

Abg. Rieseberg (Wirtsch. Vg.):

Was nützen alle handwerkerfreundlichen Beschlüsse, wenn die Behörden sich nicht danach richten, z. B. bei den Submissionen. In Dresden mußten 300 Handwerker die Armenunterstützung in Anspruch nehmen. Der Redner erwidert eingehend auf die vorgestrigen Ausführungen Zubeils und erörtert die Agitation der Sozialdemokraten bei der Handwerkerjugend. Es fehlt nur noch, daß den „Herren Jungens" das Reichstagswahlrecht gewährt wird. Der Redner spricht sodann über die Ueberlastung des Handwerks mit sozialen Lasten.

Abg. Dr. Pachnicke (Frs. Vg.):

Ich werde dem Wunsch des Seniorenkonvents, möglichst kurze Reden zu halten, mehr nachkommen als meine Vorredner. Schließlich ist ja das Parlament nicht dazu da, Reden zu halten, sondern die Geschäfte zu fördern. Mehr sozialpolitische Gesetze als im letzten Jahr konnte der Reichstag nicht verabschieden; deshalb sollten wir uns in unseren Forderungen ein gewisses Maß auferlegen. (Sehr richtig!) Der Redner regt eine Unterstützung des Reichsverbandes deutscher Arbeitsnachweise an und erbittet hierfür einen Nachtragsetat im Hinblick auf die jetzige Krise.

Das Haus vertagt sich.

Abg. Zubeil (Soz.) persönlich:

Wenn Geheimrat Fischer es fertiggebracht hat (der Präsident erklärt den Ausdruck „fertiggebracht" für nicht parlamentarisch — Heiterkeit) das Verhalter der Leipziger Kreishauptmannschaft zu verteidigen, so beweist das, wie tief das Niveau der sächsischen Regierung ist. (Der Redner erhält einen Ordnungsruf.)

Fortsetzung Dienstag 2 Uhr. — Schluß nach 6 Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

25. Sitzung vom 8. Februar.

Am Ministertische: Frhr. v. Rheinbaben.

Präsident von Kröcher eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Die Aufbesserung der Lehrergehälter.

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend das Diensteinkommen der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen.

Die Kommission hat das Grundgehalt für die Lehrer auf 1400, für die Lehrerinnen auf 1200 Mark festgesetzt. Die Alterszulagen betragen für Lehrer zweimal je 200 Mk., in der 3. und 4. Stufe je 250 Mk., in der fünften bis neunten je 200 Mk., für Lehrerinnen in den ersten zwei Stufen je 100 Mk., in den weiteren je 150 Mk. jährlich. Durch die Ortszulagen darf das Endgehalt um höchstens 900 Mk., jedoch nicht über 4200 Mk. für die Lehrer, für die Lehrerinnen um höchstens 600 Mk., jedoch nicht über 2950 Mk. erhöht werden. Die Leiter von Schulen von sechs und mehr Klassen erhalten eine pensionsfähige Zulage von mindestens 700 Mk. jährlich, andere Schulleiter und solche erste Lehrer an Volksschulen mit drei und mehr Lehrkräften, denen Leitungsbefugnisse übertragen sind, erhalten eine pensionsfähige Amtszulage von mindestens 200 Mk. jährlich; sonstige erste Lehrer und alleinstehende Lehrer erhalten, wenn sie als solche eine zehnjährige ununterbrochene Dienstzeit zurückgelegt haben, eine pensionsfähige Amtszulage von 100 Mark jährlich.

Die Kommission hat dann noch eine Reihe von Anträgen zur Annahme vorgeschlagen. Ein Antrag ersucht die Staatsregierung, im Einvernehmen mit den königlichen Behörden die allmähliche Abtrennung der niederen Küsterdienste in die Wege zu leiten und Fürsorge zu treffen, daß ein Zwang zur Uebernahme der niederen Küsterdienste nicht mehr ausgeübt wird. Ein weiterer Antrag fordert Erhöhung des Dispositionsfonds für die vor dem Inkrafttreten des neuen Lehrerbesoldungsgesetzes pensionierten Lehrer. Ferner werden gefordert allgemeine Bestimmungen über Größe und Beschaffenheit der Dienstwohnungen von Lehrern und Lehrerinnen, Zubehör und Bestandteile der Dienstwohnungen usw. Ein Antrag verlangt, daß verheirateten Lehrern auf dem Lande eine den Erfordernissen einer Familie entsprechende Wohnung oder die gesetzliche Mietsentschädigung gewährt wird. Weiter wird ein Gesetzentwurf gefordert, durch welchen die Verhältnisse der mittleren Schulen geregelt werden. Endlich soll den mit voller Leitungsbefugnis ausgestatteten Leitern von Schulen mit sechs oder mehr aufsteigenden Klassen grundsätzlich die Amtsbezeichnung „Rektor", anderen Schulleitern und solchen ersten Lehrern an Volksschulen mit drei oder mehr Lehrkräften, denen Leitungsbefugnisse übertragen sind, soweit sie nicht die Amtsbezeichnung Rektor führen oder erhalten, grundsätzlich die Auszeichnung „Hauptlehrer" beigelegt werden.

Ein Antrag Schiffer (nl.) ersucht die königliche Staatsregierung durch einen Nachtragsetat Mittel zur Unterstützung leistungsschwacher Gemeinden und Schulverbände bereitzustellen, welche durch die den Besoldungsgesetzen beigelegte rückwirkende Kraft in eine unverschuldete Notlage geraten sind.

Abg. Freiherr v. Richthofen (kons.):

Alle Parteien haben das Ihre getan, um auch bei den Lehrergehältern ein gutes Resultat zu erzielen. Ein sehr erhebliches Entgegenkommen hat auch die freisinnige Partei gezeigt. Ich bedauere, daß die freisinnige Presse nicht das gleiche getan hat. (Sehr wahr! rechts.) Die „Vossische Zeitung" hat zum Beispiel eine Zusammenstellung der Beschlüsse gebracht und am Schlusse angefügt: So sehen konservative Taten zugunsten der Lehrer aus. (Fört, hört! rechts.) Bedauerlich ist, daß solche Mißverständnisse vorkommen konnten. Meine Partei nimmt bei den Leistungen für die Lehrer die Priorität für sich in Anspruch, denn wir haben die Kompromisse angeregt. (Sehr wahr! rechts. Widerspruch links.) Daß Fortschritte erzielt sind, hat auch der Vorsitzende des Preußischen Lehrerverbandes, Rektor Reißmann in Magdeburg, anerkannt. Die Behauptung, daß wir prinzipiell gegen die Altterszulagen gewesen seien, ist unrichtig. Manche kleinen Gemeinden werden durch die Vorlage allerdings schwer gedrückt werden. Die Besoldungskassen sind zu meinem Bedauern gefallen. Trotz unserer Bedenken gegen die finanzielle Belastung der kleinen Kommunen und des Landes wollen wir diese Frage jetzt fallen lassen. Immerhin haben alle Lehrer eine Aufbesserung um 500 Mark erhalten. Mögen auch die Ortszulagen noch Härten aufweisen, so stellen sie doch in der Fassung der Kommission einen Fortschritt dar. Lebhaft begrüßen wir die Amtszulagen. Sie werden zur Seßhaftmachung der Landlehrer beitragen. Wir hoffen, daß die Regierung bei der Ausführung des Gesetzes alles tut, um die überlasteten Verbände zu schonen. Wir glauben, ein Werk geschaffen zu haben, das dem Interesse der Lehrerschaft, der Schule und des ganzen Staates dient. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. v. Campe (nl.):

Die Kommissionsbeschlüsse entsprechen nicht unserem Ideal. Immerhin wird auch Frhr. v. Zedlitz jetzt wohl nicht mehr behaupten, daß wir den Lehrern Steine statt Brot geben. Hoffentlich erweist er sich als reuiger Sünder. (Heiterkeit.) Kein anderer Stand hat derartig hohe Aufbesserungen erfahren, wie der Lehrerstand. Mehr zu bewilligen war nicht möglich. Auch wir stehen dem Kompromiß mit einem lachenden und einem tränenden Auge gegenüber. Die agrarische Tendenz der Vorlage wird hoffentlich der Landflucht der Lehrer entgegenwirken. Die Besorgnis der kleinen Städte, daß sie durch das Gesetz benachteiligt würden und auf die Gnade des Staates angewiesen seien, ist unzutreffend; wäre es anders, so wäre etwas faul im Staate Dänemark. Das Kompromiß bietet das, was überhaupt für die Lehrer erreichbar war. (Beifall.)

Ministerialdirektor Schwartzkopf:

Die Staatsregierung ist hoch erfreut, daß es gelungen ist, in diesem schwierigen Gesetzgebungswerk eine Einigkeit herbeizuführen. Wir freuen uns, daß die Beschlüsse der Kommission einstimmig gefaßt sind. Auf drei Punkte konzentriert sich gegenwärtig das Interesse: auf die rückwirkende Kraft der Zulagen, auf die vermeintliche Schlechterstellung der Gemeinde von 8 bis 25 Schulstellen und auf die erheblichen Mehrleistungen der Kommunen. Wo es nötig ist, wird aber die Staatsregierung nach Kräften helfen. Wir hoffen, daß aus diesem Gesetze reicher Segen für die Volksschullehrer und die Schüler ohne Ueberlastung der Kommunen erwächst. (Beifall.)

Abg. Frhr. v. Zedlitz (frk.):

Die Forderung nach Besoldungskassen haben wir schweren Herzens zurückgestellt. Wenn das Herrenhaus an den Grundlagen der Verständigung rütteln wollte, würden wir den Gedanken der Besoldungskassen sofort wieder aufnehmen. (Sehr richtig! bei den Freikons.) Ich freue mich, daß der wirtschaftliche Notstand, der in mancher Lehrerfamilie geherrscht hat, nunmehr aufhören wird. Die Kommissionsbeschlüsse haben eine Gefahr der Teilung der Lehrerschaft in Lehrer erster und zweiter Klasse vermieden. Die Vorlage bringt einen großen Kulturfortschritt. (Beifall bei den Freikons.)

Abg. Cassel (frs. Vp.):

Unser Ziel, die Gleichstellung der Lehrer mit den Verwaltungsbeamten, ist leider nicht erreicht worden. Aber wir mußten auf das Kompromiß eingehen, um überhaupt etwas zu erreichen. Auch für die Lehrerinnen bedeutet die Vorlage einen großen Vorteil, wenn auch die Alterszulagen nur gering sind. Wenn wir seinerzeit das Gesetz agrarisch nannten, so geschah das, weil es in seiner ursprünglichen Gestalt das platte Land zu sehr begünstigte. Das ist nun geändert. Die Errichtung von Besoldungskassen wäre verfassungswidrig, deshalb lehnen wir sie ab. Wir verkennen nicht, daß die Vorlage einer großen Anzahl von Gemeinden schwere Opfer auferlegt. Aber diese Opfer werden doch bei den meisten Gemeinden in Wirklichkeit nicht so schwer werden, als es jetzt scheint. Die Vorlage bringt einen noch niemals dagewesenen Fortschritt auf dem Gebiete des Besoldungswesens. Die materielle Sicherstellung des Lehrerstandes wird auch der Entwicklung der Volksbildung zugute kommen. (Beifall links.)

Abg. Ernst (frs. Vgg.):

Wenn auch viele sehr berechtigte Wünsche der Lehrer nicht erfüllt sind, erkennen wir doch den Fortschritt an, den die Vorlage bedeutet. Noch nie hat ein Stand auf einmal eine so starke Aufbesserung erfahren. Leider ist die Gleichstellung der ländlichen und städtischen Lehrer nicht erfolgt, so wünschenswert sie auch war. Von den Lehrerluxusgehältern, von denen der Finanzminister einmal sprach, ist freilich nichts zu bemerken. Wir nehmen die Vorlage an, weil wir sie annehmen müssen. Die Lehrer werden, so hoffe ich, das Erreichte freudig begrüßen, denn sie dürfen hoffen, daß es nicht das letzte bleibt. Wir werden in der Beziehung unsere Schuldigkeit tun. (Beifall links.) Die Lehrer sollen aber auch nicht vergessen, daß ihre Hauptagitationskraft in der stillen Schulstube liegt, in dem, was sie leisten, und sie sollen sich immer mehr bemühen, nicht nur Volksschullehrer, sondern Volkslehrer zu sein. (Beifall links.)

Inzwischen ist ein Antrag der Polen eingegangen, der die Beseitigung der Ostmarkenvorlagen für Lehrer fordert.

Abg. Stychel (Pole)

begründet den Antrag. Falls er, wie zu befürchten, nicht angenommen werden sollte, so müsse allen Lehrern in der Ostmark die Zulage gewährt werden, und zwar unwiderruflich. Man gehe darauf aus, den Polen das beste zu nehmen, was sie haben: die Muttersprache.

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben:

Der Vorredner hat einen Mißton in die Verhandlung gebracht. Er hätte sich den Antrag ersparen können. (Lebh. Sehr richtig!) Daß wir Lehrer, die sich an deutsch-feindlicher Agitation beteiligen, auch noch mit Zulagen bedenken, wird uns wohl kein billig denkender Mensch zumuten. Bringen Sie Ihrerseits die Politik aus der Schule heraus, dann werden wir auch die Ostmarkenzulage fallen lassen können, aber nicht eher. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Borgmann (Soz.):

Alle bürgerlichen Parteien haben sich auf den Boden der Bremse gestellt, statt mit aller Schärfe dagegen anzukämpfen. Die von der Rechten verlangten Besoldungskassen sind nur vom Haß gegen die Großstädte diktiert. Die Herren von der Rechten holen sich auch ihre Bildung aus den Großstädten, nicht etwa aus der Landschule, und hinterher hetzen sie auf die Großstädte. Auch Fürst Bismarck, der Feind der Großstädte, ist auf dem Grauen Kloster erzogen. Ein Hauptfehler der Vorlage ist die Nichtbeseitigung der niederen Küsterdienste der Lehrer. Die Kreisausschüsse als Selbstverwaltungskörper zu bezeichnen ist ein schlechter Witz der Begründung. Was sind sie anders als Marionetten in der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19090209014/fragment/page=0002

Hand des Landrats, des größten Gesetzesverächters der Welt! (Heiterkeit.) Die Ostmarkenzulage verwerfen auch wir. Ob wir für die Vorlage schließlich doch noch stimmen werden, wollen wir uns überlegen. (Beifall bei den Soz.)

Die Besprechung über § 1—5 wird geschlossen. Die Paragraphen werden unter Ablehnung der polnischen Anträge einstimmig angenommen.

Nächste Sitzung Dienstag 12 Uhr: Pfarrerbesoldungsgesetz. Fortsetzung der Beratung des Lehrerbesoldungsgesetzes.

Schluß 4½ Uhr.

Ausland.

Der russische Vermittlungsvorschlag

Die Türkei hat bekanntlich den Vorschlag Rußlands mit einem Gegenvorschlag beantwortet, über den, wie folgt, berichtet wird:

Petersburg, 8. Febr. Die Petersburger Telegraphenagentur erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß in der Antwort der Türkei auf den russischen Vermittlungsvorschlag, die gestern von dem türkischen Botschafter dem Minister des Aeußern übergeben wurde, die Pforte die Forderung der Regulierung der türkisch-bulgarischen Grenze nicht mehr erhebt.

*

Von einem Kenner der einschlägigen Verhältnisse wird dem „Tag" über den russischen Finanzvorschlag geschrieben:

Rußland hat der Türkei 120 Millionen angeboten, die es aber nicht zahlt, sondern zugunsten Bulgariens von den Kriegskosten abrechnen will, die die Türkei ihr seit 1878 schuldet. Die Türkei, entzückt über den großherzigen Vorschlag, will noch weiter gehen und reinen Tisch machen, indem sie die ganze Kriegsentschädigung an Rußland abträgt und zu dem Zweck eine Anleihe aufzunehmen beabsichtigt.

In einem jungen Staatengebilde, wie in der neuen Türkei, vollzieht sich ein Wechsel schneller als in einem alten. Der Türke weicht aber nicht mehr wie früher aus, wo der Rückzug von des Gedankens Blässe angekränkelt war. Ein scharf nationaler Trieb ist in seinen Handlungen ausgeprägt. Selbstbewußt und vornehm will er den russischen Gläubiger ganz los werden, ohne ihm verpflichtet zu sein. Er sieht im Russen stets den Hintermann des Bulgaren und weiß, daß jede Gefälligkeit eine Gegengefälligkeit erheischt und daß die unbehinderte Durchfahrt russischer Kriegsschiffe durch die Dardanellen für ihn undiskutierbar bleiben muß. So wird wieder England, das sich ja noch eingeschränkten Vertrauens der Türkei einstweilen erfreut, in die Tasche greifen und ihr die Mittel gewähren, den russischen Gläubiger aus alter Zeit loszuwerden.

Oesterreich-Ungarn hat sich mit der Türkei auf einer Basis geeinigt, wo es weder einen Sieger noch einen Besiegten gibt, und wird auch wieder auf dem Plane erscheinen und ein Wort mitsprechen. Der Kern aber, um den in der Türkei sich alles dreht und drehen muß zum Aufbau aus dem Chaos, ist das Geld. Dieses kann nicht oft genug wiederholt werden. „Wer uns Geld gibt, ist unser Freund", sagte ein hervorragender türkischer Staatsmann vor kürzester Zeit. Diese Gelegenheit sollte sich Deutschland nicht entgehen lassen, seinen politischen Einfluß wieder zu befestigen, was ihm um so leichter werden dürfte, als es nicht nach dem Erwerb der Suda-Bai und nicht nach Gebietserweiterungen überhaupt ausspäht, sondern nur Handelsinteressen verfolgt und dadurch auch dem Lande nützt, dessen Volk in ganz Deutschland, in amtlichen Kreisen wie im Volke, gleich geschätzt und dessen weitere kraftvolle Entwicklung daher auch in Deutschland mit dem größten Interesse weiter verfolgt wird.

Amerika und Japan.

Der Rassengegensatz zwischen Weißen und Gelben im westlichen Teil der Union spitzt sich immer bedrohlicher zu. An dieser Tatsache können alle offiziösen und offiziellen Versicherungen nichts ändern. Interessante Mitteilungen über die in amerikanischen Regierungskreisen herrschende Stimmung erhält der Londoner Standart. Aus Newyork wird ihm folgendes berichtet:

Die amerikanische Regierung fürchtet keine provokatorische Politik von seiten der japanischen Regierung, sie ist jedoch besorgt, daß in Kalifornien oder Japan Volkserhebungen stattfinden könnten, die gerade das, was die Regierungen beider Länder so eifrig zu vermeiden bestrebt sind, herbeiführen könnten. Man glaubt in Regierungskreisen, daß Japan selbst gegen seinen Willen in eine Kriegsstimmung gedrängt wird, falls Kalifornien und andere westliche Staaten fortfahren, Japan zu kränken und die Selbstachtung der japanischen Bürger beleidigen.

Aus Sakramento, der Hauptstadt Kaliforniens, wird gemeldet, daß die kalifornischen Behörden die Organisation von 16 Miliz-Bataillonen für die Küstenverteidigung in Angriff genommen haben. Die Militärbehörden Kaliforniens haben sich dabei an den Vorschlag des Kriegsbundesamts angelehnt. Miliztruppen in Gemeinschaft mit den regulären Truppen üben zu lassen.

Ein anderes Telegramm aus Washington besagt: Entgegen den Gerüchten, ein Teil der Schlachtschiffflotte werde nach dem Pazific gesandt werden, erklärt das Marinedepartement, die Flotte werde sich, nachdem die Schiffe einer Ausbesserung unterzogen worden seien, im Sommer bei Cape Cod zu einer Schießübung wieder vereinigen.

Halle und Umgebung.

Halle a. S. 9. Februar.

Stadtverordneten-Sitzung.

Halle, den 8. Februar.

Am Magistratstisch die Herren Geh. Kommerzienrat Steckner, Justizrat Föhring, Oberlehrer Professor Dr. Bangert und Fabrikant Greßler.

Es werden zunächst einige Eingänge bekannt gegeben.

Der Viktualienhändler Carl Wernicke in der Feldstraße macht geltend, daß er im letzten Sommer durch die bekannten Platzregen und Ueberflutungen an seinen Waren im Keller einen Schaden von 150 Mk. erlitten habe, und bittet, ihm aus Billigkeitsrücksichten Ersatz zu leisten. Die Sache geht an die Petitionskommission.

Hunderte von Anwohnern der Vororte beklagen sich über die schlechte

Beschaffenheit des Gases des Gaswerkes Giebichenstein.

Es habe oft nur die Hälfte Leuchtkraft. Sie bitten die städtischen Behörden, einzugreifen.

Herr Stv. Krahmer führt aus, daß der Magistrat sich bereits mit der Sache beschäftige. Er habe beim Gaswerk Giebichenstein Vorstellungen erhoben und die Hallesche Gasanstalt angewiesen, alles Material ihm, dem Magistrat, einzureichen. Die Stadt selbst habe mit dem Gaswerk Giebichenstein ungünstige Erfahrungen gemacht. Es sei festgestellt worden, daß in gewissen Fällen ein Drittel oder ein Fünftel der Straßenlaternen im Bereich des Gaswerks Giebichenstein zu wenig gebrannt haben. Der Magistrat werde eventuell unverzüglich dem Gaswerk Giebichenstein den Vertrag kündigen.

Herr Stv. Dehne schlägt vor, die Petition an den Petitionsausschuß zu verweisen.

Herr Stv. Emmer meint, man sei schon so manches Schmerzenskind in Halle losgeworden; da solle man doch auch mal hier zugreifen und die Mißstände durch Ankauf des Gaswerks beseitigen.

Herr Stv. Knabe hält es für richtiger, die Petition solange zurückzulegen, bis der Magistrat seine Feststellungen abgeschlossen hat.

Herr Vorsteher Steckner empfiehlt gleichfalls diesen Weg. Der Ankauf nach dem Vorschlage des Herrn Emmer sei doch nur dann möglich, wenn die Stadt die Kaufbedingungen annimmt, die das Werk festsetzt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Rive ersucht künftig die Gaswerksangelegenheit nicht mehr in der öffentlichen, sondern in der geschlossenen Sitzung zu behandeln.

Die Petition wird schließlich auf 14 Tage zurückgelegt.

Danach tritt man in die Tagesordnung ein.

1. Wie Herr Vorsteher Steckner ausführt, wurde von einem hiesigen Bürger, der nicht genannt sein will, dem Oberbürgermeister für die Stadtgemeinde eine

Spende von 50 000 Mk. für das Hallenschwimmbad

übermittelt.

Die Versammlung nahm mit Dank an.

2. Herr Stv. Springer referiert über den Haushaltsplan der Siechenhausstiftung.

Herr Stv. Kobert bedauert, daß der vor langem beschlossene Erweiterungsbau noch immer nicht ausgeführt werde. Er bittet um Eile.

Herr Stadtrat Dr. Tepelmann entgegnet, die Frage des Grunderwerbs müsse erst vom Bauausschuß erledigt werden. Das Material liege dem Ausschuß längst vor. Es würde im Sinne des Magistrats sein, wenn die Entscheidung beschleunigt würde.

Herr Stv. Thiele bittet, im Etat der Siechenhausstiftung 800 Mk. für Seelsorge in den Ausgaben zu streichen. Den Geistlichen solle nicht die Gelegenheit genommen werden, sich an den Siechenhausinsassen seelsorgerisch zu betätigen, aber das möchten doch die Geistlichen, wenn ihr Herz sie dazu treibe, um einen Gotteslohn, d. h. umsonst machen.

Der Antrag Thiele wird mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Herrn Stv. Giese abgelehnt, der Etat angenommen.

3. Der Etat der Theodor Schmidt-Stiftung und

4. der Etat des Schlacht- und Viehhofes wird genehmigt. (Ref. Herr Stv. Springer.)

5. Wie Herr Stv. Knabe als Referent darlegt, beantragt der Magistrat die

Errichtung von 15 neuen Bureaugehilfenstellen.

Das Gehalt ist mit 1200—1900 Mk. vorgesehen. Der Referent empfiehlt die Magistratsvorlage zur Genehmigung.

Herr Stv. Giese fragt an, welchen finanziellen Effekt denn die Ersetzung der Hilfsarbeiter durch Bureaugehilfen habe.

Herr Stv. Thiele erklärt, daß er und seine politischen Freunde künftig gegen die Errichtung neuer Stellen stimmen werden, weil sie in den neuen Beamtenstellen die Gefahr der Vermehrung des bureaukratischen Schreibwerks sehen. „Auch wenn wir neue Bureaugehilfenstellen schaffen, wird die Zahl der Hilfskräfte nicht geringer."

Herr Oberbürgermeister Dr. Rive erklärt demgegenüber, daß sich die Gesamtzahl der in der städtischen Verwaltung beschäftigten Personen nicht vermehrt habe, namentlich nicht in den Bureaus; nur eine Verschiebung habe stattgefunden. Noch vor drei Jahren hatten wir ca. 100 Hilfsarbeiter, jetzt haben wir kaum noch ein Drittel, dank der Einrichtung der Bureaugehilfenstellen. Die Hilfsarbeiter, die sich bewährt haben, und mit 75 und 80 Mark besoldet wurden, haben wir zu Beamten, zu Bureaugehilfen gemacht, wodurch ihr Gehalt auf 100 Mk. stieg. Das hat sich durchaus bewährt. Und was mit Erfolg geschehen, das soll nun weiter fortgesetzt werden. Mehr Geldmittel werden nicht verlangt; nirgends finden Sie besondere Forderungen; alles wird aus den Diätenfonds bestritten. Der ist nicht gewachsen, sondern im Gegenteil kleiner geworden. Wir arbeiten jetzt billiger, denn wir haben andere Kräfte und sie werden in anderer Weise geleitet und beaufsichtigt. Daß mal die Beamtenzahl vermindert werden könnte, sei nicht gut denkbar. Wenn man jetzt darauf hinweisen wollte, daß Halle in einem Jahr um 1100 Einwohner zurückgegangen sei, so solle man dem keine Bedeutung beimessen. Die Hypertrophie der Großstädte, daß sie jedes Jahr so und soviel tausend Einwohner zunehmen, sei nicht ein Zeichen von Gesundheit, und wenn Halle eine Reihe von Jahren jährlich 4000 Einwohner Zunahme hatte, so bedeutete das keine Erhöhung der wirtschaftlichen Kräfte. — Was die Neueinrichtung jener 15 Bureaugehilfenstellen anlangt, so sei auch hinsichtlich der Pension keine Neubelastung zu befürchten, da ja die Hilfsarbeiter wie alle städtischen Angestellten gleich den Beamten ruhegehaltberechtigt sind.

Die Magistratsvorlage wird gegen eine beträchtliche Minorität bewilligt.

6. fällt aus, ebenso 7a.

7b. Kapitel Kirchenwesen wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten genehmigt. (Ref. Herr Stv. v. Blume.)

Desgleichen Kap. X C höhere Mädchenschule. (Derselbe Referent.) D Mittelschulen sowie E Evangelische Volksschulen. (Ref. Herr Stv. Meyer.)

Bei letzterem Kapitel führte Herr Stv. Thiele Beschwerde über eine Lehrerin, die in der Schule politische Propaganda treibe und zuviel schlage. Es entspinnt sich über den Fall eine Debatte. Der Magistrat will den Fall untersuchen, wobei Herr Oberbürgermeister Dr. Rive bedauert, daß Herr Thiele seine Beschwerde in der Oeffentlichkeit vorgetragen habe, anstatt sie der vorgesetzten Behörde der Lehrerin zu melden.

Weiter wird Kap. O — Museum — genehmigt. (Ref. Herr Stv. v. Blume.)

Punkt 8 betrifft den Magistratsantrag auf

Erhöhung der Hundesteuer.

Es soll, wie der Referent Herr Stv. Engelcke darlegt, die Steuer von 20 Mk. auf 30 Mk. heraufgesetzt werden. Wer mehr als einen Hund hält, soll für den zweiten, dritten usw. 40 Mk. zahlen.

Herr Stv. Föhring hält es für verkehrt, wie es der Magistrat getan habe, die Steuer als eine Luxussteuer hinzustellen. Die Hundesteuer sei mehr eine Polizeisteuer. Als man sie einführte, sei zur Begründung gesagt worden, die Belästigungen der Passanten, die Verschmutzung der Straßen und die Beschädigung der Anlagen durch Hunde habe überhand genommen; man wolle einer Ueberschwemmung der Stadt mit Hunden durch die Steuer vorbeugen. Es bestehe unter diesem Gesichtspunkt kein Anlaß, die Steuer zu erhöhen. In gewissem Grade sei ja allerdings die Steuer auch Luxussteuer, nämlich: wenn jemand zwei und mehr Hunde halte. Beim Ankauf des Zoologischen Gartens habe man das erziehliche Moment des Instituts hervorgehoben; aber auch hier solle man dieses Moment beachten und sich vor Augen halten: wer sein Tier gut behandelt, der behandelt auch die Menschen gut. Die Vorlage greift auch in gewisser Beziehung ans Gemüt. Man denke an die alten Damen und alten Herren; manch einer wird gezwungen, seinen Hund abzuschaffen. (Zuruf des Herrn Emmer: Dann hält er sich eine Katze!) Redner bittet, die Steuererhöhung abzulehnen.

Herr Bürgermeister v. Holly meint, die Rede des Herrn Föhring werde ihm viel Freunde unter den Hundeliebhabern erwerben, aber hier müsse doch mehr die finanzielle Seite der Sache in Betracht kommen als die sentimentale. Das wäre eine schlechte Steuer, die nur Polizeisteuer wäre. Gewiß, wer hat sich nicht schon darüber geärgert, wenn Hunde in einem Lokal sich herumbeißen und das Publikum belästigen? Aber das falle weniger ins Gewicht bei der Bewertung der Steuer; sie sei tatsächlich eine Luxussteuer. Wer sich einen Hund halte, treibe dadurch in gewisser Beziehung Luxus. Man solle doch einmal bedenken: 6 Prozent Steuerzuschlag bringe der Etat in seiner jetzigen Gestalt schon; weitere 6 bis 7 Prozent seien noch sicher durch das Lehrerbesoldungsgesetz, das uns noch eine Viertelmillion neue Ausgaben auferlegt. Diese Zuschläge alle — 166—167 Prozent — treffen auch unsere ärmsten Bürger, auch die untersten Steuerstufen. Und dann vergegenwärtige man sich, daß die Hundesteuer in Höhe von 20 Mk. aus dem Jahr 1894 stammt, wo wir nur 100 Prozent Zuschläge hatten! Soll da diese Steuer allein niedrig bleiben, wo die andern Steuern so stark in die Höhe gegangen sind. Wir sparen ½ Prozent Steuerzuschlag, wenn wir die Erhöhung der Hundesteuer vornehmen. Bei 100 Mk. Forderung wird manchmal viel geredet, und hier, wo sich ein halbes Prozent Steuerzuschlag sparen läßt, da will man vorübergehen, als sei es nichts?

Herr Stv. Herzfeld will die Steuer nur auf 25 Mk. erhöhen für den ersten Hund, aber auf 50 Mk. für den zweiten Hund. Die Hundeprotze, die sich zwei Hunde halten, kann man scharf herannehmen.

Herr Stv. Giese meint, wenn es recht sei die armen Teufel mit einer Steuererhöhung zu treffen, die sich einen Hund halten, dann solle man auch eine Steuer auf Automobile und Luxuspferde verlangen.

Herr Stv. Thiele bekämpft die gesamte Hundesteuer als ein ungesundes Steuerprinzip. Für ihn komme nur eine stark progressive Einkommen- und Vermögenssteuer in Frage. Und wenn da mancher, der dem Kollegium nahe steht, jährlich 300 000—400 000 Mark zahlen müßte, so würde das sein (des Redners) Herz nicht beschweren. Unter dem Gesicht des Luxus könne man ja auch die großen Hüte, die dicken Spazierstöcke, Bierzipfel usw. versteuern.

Bei der Abstimmung wird die Erhöhung für den ersten Hund von 20 auf 30 Mk. mit 26 gegen 25 Stimmen

abgelehnt.

Der Antrag Herzfeld auf 25 Mk. zu erhöhen, fällt mit 27 gegen 23 Stimmen; dagegen erhält der Antrag, den zweiten Hund jedesmal mit 40 Mark zu besteuern (statt bisher 20 Mk.) 33 Stimmen, also die Majorität.

Der Antrag Giese, den Magistrat um eine Vorlage zur Einführung von Steuern auf Luxuspferde und Automobile zu ersuchen, findet nur etwa bei einem Dutzend der Stadtverordneten Unterstützung, ist also abgelehnt.

9. Herr Stv. Stephan spricht über folgenden Magistratsantrag: Durch Gemeindebeschluß vom 23. September 1907 ist der von dem ehemaligen Giebichensteiner Pfarracker für die Oberrealschule verwendete Grund und Boden (4376,93 qm) mit 20 Mk. pro qm bewertet worden. Der Betrag des festgesetzten Wertes in Höhe von 87 538,60 Mk. ist der Anleihe von 1900 entnommen und dem Vermögen — jetzt Substanzgelderfonds — erstattet worden. Das für den späteren Erweiterungsbau in Aussicht genommene Gelände ist hierbei außer Betracht gelassen worden. Da letzteres Terrain aber schon jetzt zum Schulgrundstück, dessen Gesamtgröße nach den feldmesserischen Feststellungen 5993 qm beträgt, gezogen worden ist, dürfte auch der Wert der Restfläche (1616,07 qm mit 20 Mk. pro qm schon jetzt der Anleihe zu entnehmen und dem Substanzgelderfonds zuzuführen sein. Ferner sind die Mittel für den Ausbau der das Grundstück der städtischen Oberrealschule begrenzenden Straßen aus dem Kämmervermögen — jetzt Substanzgelderfonds — bewilligt worden. Die auf das Grundstück der Oberrealschule entfallenden Straßenausbau- und Freilegungskosten sind daher, wie auch bereits in unserer Vorlage vom 23. August 1907 angedeutet worden ist, ebenfalls Anleihemitteln zu entnehmen und dem Substanzgelder-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19090209014/fragment/page=0003

fonds zu erstatten. Der Wert des Straßenlandes ist, analog der Wertbemessung des zum Bau der Schule verwendeten Landes, in der beigefügten Ausgleichsberechnung mit 20 Mk. pro qm in Ansatz gebracht. Es bleiben hiernach noch dem Substanzgelderfonds zu erstatten: 1. der Wert des zum Schulgrundstück für den späteren Erweiterungsbau gezogenen Geländes: 1616,07 qm à 20 Mk. = 32 321,40 Mk. 2. a) für die Fronten der Schule in der Staude-Straße: Straßenausbau- (ausschließlich Kanalbau-) Kosten = 7172,25 Mk., Freilegungskosten = 21 640,49 Mk.; b) anteilige Kosten für die Umänderung des Querprofils der Adolfstraße = 750,11 Mk.; zusammen 61 884,25 Mk. — Die Versammlung erklärt sich mit der Festsetzung des Wertes für das Straßenland auf 20 Mk. pro qm einverstanden und bewilligt den Betrag von 61 884,25 Mk. zur Erstattung an den Substanzgelderfonds aus der Anleihe von 1900.

11. Wie der Referent Herr Stv. Probst ausführt, ersucht der Magistrat die Versammlung zuzustimmen, daß das Recht zur

Erhebung von Marktstandsgeld

auf den hiesigen Wochen-, Kram- und Viehmärkten vom 1. Oktober 1909 bis 30. September 1912 für den jährlichen Pachtzins von 32 000 Mk. an den Bautechniker Theodor Franke hier verpachtet wird. Bisher wurde ein Pachtzins von 28 500 Mk. jährlich gezahlt.

Der Referent teilt mit, daß der Obstpächter Pfeifer, der gleichfalls finanziell gut stehe, 100 Mark mehr geboten habe, und der Finanzausschuß habe sich auf den Standpunkt gestellt, daß Pfeifers Höchstgebot von 32 100 Mk. zu berücksichtigen sei.

Stv. Emmer beantragt, die Erhebung des Marktstandgeldes in eigene Regie zu nehmen.

Nach langer Debatte, auf die wir noch zurückkommen, wird der Magistratsantrag, wieder dem bisherigen Pächter Franke, den Zuschlag zu erteilen, angenommen; der Antrag des Finanzausschusses und der Antrag Emmer aber abgelehnt.

Es wird noch erledigt

Punkt 15, wonach den Gemeinden Schönnewitz, Dieskau, Zwintschöna und Bruckdorf insgesamt 4196 Mk. von Halle als Beitrag zu den Volksschullassen erhalten. (Ref. Herr Stv. Glimm) und

Punkt 19, daß der Keller unter dem Rathauseingang für 700 Mk. (bisher 650 Mk.) Jahresmiete an den bisherigen Inhaber, den Handelsmann Schulze verpachtet wird. (Ref. Herr Stv. Blumentritt.)

Alle anderen Punkte müssen wegen vorgerückter Zeit vertagt werden.

Das Hochwasser

hat gestern seinen höchsten Stand erreicht. Es fällt ganz langsam. Vom Vormittag zum Nachmittag betrug der Rückgang erst 10 Zentimeter.

Zum Vorsitzenden der Aerztekammer

der Provinz Sachsen ist für die 8. Wahlperiode (1909—1911) Herr San.-Rat Dr. Herzau hier gewählt worden.

Das Neue Theater erwarb folgende 4 Novitäten: „Bretzenburg", satirische Komödie in 3 Akten von Richard Skowronnek und Richard Wilde. — „Das nackte Weib", (La femme nue), Schauspiel in vier Akten von Henry Bataille. — „Vater", (Son Père), Komödie in vier Akten von Albert Guinon und Alfred Bouchinet. — „Der Doppelmensch", Schwank in drei Akten von Wilhelm Jacoby und Arthur Lipschütz. Sämtliche obigen Stücke bestanden bereits an ersten Theatern ihre Feuerprobe und wurden gleichzeitig von vielen Bühnen zur Aufführung erworben.

Stenographen-Verein Stolze-Schrey von 1858 zu Halle a. S. Die im „Freybergbräu" abgehaltene Monatsversammlung erkannte den Preis für die beste Monatsarbeit Herrn Magistratsassistent Stein zu. Den Bericht über die stenographische Lage erstattete Herr Urfin und hob hervor, daß auf Grund der letzten stenographischen Zählung die Schule Stolze-Schrey hinsichtlich der Unterrichteten nunmehr an erster Stelle stehe. Den Siegern in dem Wettschreiben der hiesigen Ortsvereinigung, den Herren Stordeur, Urfin, Sommer und Zinsly wurden schöne Preise überreicht.

Der Verein ehem. Angehöriger des Königl. Sächs. 2. Husaren-Regiments Nr. 19 (fr. II. Reiter) hält am Donnerstag, den 11. Februar, abends 8½ Uhr seine Monatsversammlung im Vereinslokal Dorotheenstraße 10 (Schwarzes Roß) ab. Dem Verein noch fernstehende ehem. Regimentskameraden werden hierzu eingeladen.

Aus dem Leserkreise.

(Für die Veröffentlichungen unter dieser Ueberschrift übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung; für sie bleibt auf Grund des § 21 Abs. 2 des Preßgesetzes in vollem Umfange der Einsender verantwortlich.)

Zur Hundesteuer-frage.

Mag gegen die Hundesteuer von vielen Hundeliebhabern noch so geeifert werden, sie ist berechtigt und wird Gutes bringen. Ob durch die Erhöhung der Hundesteuer der erhoffte Gewinn für den Stadtsäckel kommt, ist fraglich; ein großer Vorteil liegt aber sicher schon darin, wenn weniger Hunde herumlaufen, das Publikum weniger gefährdet und belästigt wird. Sauberkeit und Gesundheitspflege werden von den Hundehaltern vielfach geradezu mißachtet. Nicht nur, daß die Hunde Straßen und Plätze tagtäglich verunreinigen und die kostbaren Anlagen beschädigen, werden sie auch noch von Dienstboten und Kindern zur Verrichtung von Bedürfnissen auf die Straßen, nicht etwa auf die Höfe, geführt. Wie viel von dem Unrath wird dadurch in die Wohnungen getragen? Tut es in manchen Gegenden der Stadt nicht auch not, daß das lästige Bellen der Hunde zur Nachtzeit vermindert wird?

Und das alles soll sich die Bürgerschaft für die Hundesteuer ohne Murren gefallen lassen?! —

Auch ein Bürger.

Provinzial-Nachrichten.

√ **Schierke**, 7. Febr. (Schnee!) Freitag nacht hörte die warme Witterung auf, Schneewetter setzte ein, das auch am Sonnabend anhielt. Sonnabend herrschten 5 Grad Kälte. Jeder Wintersport ist wieder im vollem Gange.

)—(**Stendal**, 7. Febr. (Ein tückischer Skat.) Wozu man den Skat praktisch verwerten kann, haben gestern nachmittag zwei Stendaler gezeigt, die ins Arnimer Wirtshaus einkehrten. Sie fanden dort einen dritten Mann, der ihnen bekannt vorkam, und bald erinnerten sie sich, daß es eine gesuchte Persönlichkeit sei. Es war nämlich der Zimmermann Wilhelm Böhme, der vor kurzem an einem Sonntage bei dem Gastwirt Paschen im grünen Baum zu Stendal als Aushilfskellner tätig gewesen und abends mit dem tagsüber einkassierten Gelde durchgegangen war. Rasch wurde unauffällig zur Stendaler Polizei geschickt und dann Rat gepflogen, wie man den Ungetreuen festhalten könne, bis er verhaftet werden konnte. Freundlich luden sie Böhme zu einem gemütlichen Skat ein und bald war das Spiel in vollem Gang. Eine Runde nach der andern wurde gespielt, endlich ging die Tür auf und ein Polizeibeamter erschien, der den Skat unterbrach — zu Böhmes Erschrecken.

= **Magdeburg**, 7. Febr. (Der den Gebrüdern Spieth gehörige Hirschpark) bei Holzhaus geht ein. Zu diesem Zweck hatten die Besitzer den Abschuß der Hirsche, die noch in einer Anzahl von 70 Stück vorhanden waren, ausgeschrieben. Leutnant v. Ostrau-Ringelsdorf war mit dem Gebot von 1000 Mark der Bestbietende. Herr v. Ostrau hatte für die genannte Summe nur den Abschuß, während das Wildpret den Herren Spieth gehörte. Vor einigen Tagen nahm Herr v. Ostrau das Abschießen des Dammwildes, meist Kahlwild, mit noch neun Herren vor. Die Strecke wies am Abend 44 Hirsche auf. Das Wildgatter wird in nächster Zeit weggerissen werden, und die Besitzer, welche beide Nichtjäger sind, beabsichtigen die Jagd dann zu verpachten.

(?) **Querfurt**, 7. Febr. (Für die Brun-Gedenktafel) sind bis jetzt 202 Mark eingegangen. Die bronzene Gedenktafel im Umfange von 50×60 Zentimeter ist heute dem Eisenwerk Lauchhammer in Auftrag gegeben worden. Die Inschrift soll lauten: „Brun von Querfurt, Missionar der heidnischen Preußen, gestorben am 9. März 1009. Zu seinem Gedächtnis gestiftet am 9. März 1909."

— **Görlitz**, 7. Febr. (Aegyptische Augenkrankheit.) In unserem Dorfe herrscht schon seit einigen Wochen in mehreren Familien eine Art der ägyptischen Augenkrankheit (Augenentzündung). Die Krankheit äußert sich in einer starken Anschwellung der Lider, Entzündung der Lider und der weißen Hornhaut und in ziemlich starker Eiterfekretion. Die sehr unangenehme Krankheit ist ansteckend. Begünstigt wird ihre Ausbreitung durch ungenügende Lüftung der Wohn- und Schlafräume.

)(**Lucka**, 6. Febr. (Petroleumfund?) Im Kellergeschoß des Gastwirts Lemser war man seit längerer Zeit auf eine stark nach Petroleum riechenden Wasserquelle aufmerksam geworden. Der Besitzer des Grundstücks ließ den Quell in ein gemauertes Bassin fassen. Auf diese Weise gelang es, täglich 2 bis 2½ Liter brennbares Erdöl zu gewinnen. Jetzt ist man mit Bohrversuchen beschäftigt, um die Gewinnung eventuell ergiebiger zu gestalten.

Kunst und Wissenschaft.

Felix Dahn,

der heute seinen 75. Geburtstag feiert, läßt in seinen „Erinnerungen" einen interessanten Einblick in sein Leben tun.

Lustige Geschichten teilt er vom Beginn seiner juristischen Laufbahn mit. Die Feinheiten der Geschichte des altrömischen Erbrechts konnte er damals wohl herzagen, aber ein Protokoll zu schreiben, dünkte ihm unmöglich. In seiner Verzweiflung munterte ihn ein gutmütiger Assessor auf: „Nun, Herr Dahn, gar soviel dümmer kommen Sie mir auch nicht vor, als die vielen Dutzend, die das vor Ihnen gelernt haben. Aber, Jesus, Maria, was seh ich da? Sie können ja noch nicht mal Akten binden! Und sie wollen promovieren? Kommen's her. Ich zeig' Ihnen 's Aktenbinden, — das ist die erste Staffel zum Justizminister!"

Auch sonst erfuhr er von dem Assessor praktische Belehrungen, wie man mit Leuten aus dem Volke umzugehen habe. So einmal, als er folgendes zu hören bekam: „Erst laden Sie mir zu viel Parteien auf einen Vormittag, und dann reden Sie mit jedem Hiesel und mit jeder Urschel solange, als hätten Sie Jason und Medea zu versöhnen. Vorwärts! Du, Jürgel, willst zahl'n? Vier Gulden monatlich fürs Kind war net z'viel, meinet i! Abschwören willst es aber do net! Sonst schwörst di ins Zuchthaus nei? Willst net? Na laß bleiben, Bauerlümmel verfluchter! Nehmen's die Klag' auf; Herr Dahn . . ."

Auch zwei Diktate von unfreiwilligem Humor erzählt der Dichter. Als er in der Strafkammer arbeitete, brachte ein berittener Gendarm eine Meldung und es ward ihm diktiert: „Schreiben Sie, Herr Praktikant, schreiben Sie: Es erscheint im Gerichtszimmer Johann Huber, Gendarm zu Pferd, und meldet, jedoch zu Fuß!" Ein andermal wurde nach einem Einbruchsdiebstahl in einem Dorfe gerichtlicher Augenschein aufgenommen und hierauf wurde dem Praktikanten Felix Dahn wörtlich folgendes in die Feder diktiert: „Neben dem Schlosse war ein Loch gebohrt, welches aber so klein war, daß man es gar nicht sah, wenn man nicht hinsah."

Der Umfang der poetischen Werke Dahns, die gegen 25 Bände füllen, ist staunenswert. Sein berühmtestes Werk, der „Kampf um Rom", behandelt einen Gegenstand, der gleichzeitig in seinem wissenschaftlichen Hauptwerke, den „Königen der Germanen", wiederkehrt. Der Krieg in Italien 1859 hatte Dahn einst zu dem Entwurf angeregt, und auch der Beginn der Ausführung fällt in diese Zeit. Später wollte er das noch nicht fertige Werk einmal kurz entschlossen vernichten; seine Gattin Therese, geborene von Droste-Hülshoff, aber rettete das Manuskript vor dem Flammentode und regte den Dichter zur raschen Vollendung an. Der Roman erschien 1876.

Catulle Mendès †.

Catulle Mendès, der bekannte französische Dichter, hat bei einem Eisenbahnunfall den Tod gefunden. Der auf so tragische Weise aus dem Leben Geschiedene war trotz seiner 68 Jahre bis zuletzt ein Mann von außerordentlicher Frische und Beweglichkeit. Er war mit seiner leichten Leibesfülle und dem nie erbleichenden Blond seiner Haare und seines Bartes eine der populärsten Erscheinungen des Boulevards, und jedes Kind, jeder Pariser Droschkenkutscher kannte ihn. Er war einer der fruchtbarsten Schriftsteller Frankreichs und seit er, 18 Jahre alt, wegen Veröffentlichung eines moralsinnstörenden Versdramas „Le roman d'une nuit" zu 500 Frcs. Geldbuße verurteilt wurde, hat er in ununterbrochener Folge Romane, Novellen, Dramen, Opernlibretto und Gedichtbände produziert. Als Kritiker spielte Catulle Mendès oft eine bahnbrechende Rolle und vor allem als Herold der Wagnerschen Musik hat er in Frankreich einen entscheidenden Einfluß ausgeübt. Er war mit Richard Wagner persönlich befreundet, hatte auch in Heidelberg studiert und galt als Kenner der deutschen Kunst. Bis zuletzt konnte man Catulle Mendès an jedem Nachmittag im Cafés Napolitain und am Abend nach dem Theater in irgend einem Boulevardrestaurant sehen, wo er denn gewöhnlich — während ringsherum die Freunde plauderten — ruhig seine Theaterkritik niederschrieb.

Vermischtes.

Ein Luftschiff im Schneesturm. In Südhannover herrschte vorgestern heftiger Schneefall. Der Ballon „Segler" geriet nachts in einen Schneesturm und mußte sofort landen. Gestern waren 14 Grad Kälte.

Schülerselbstmord. Am Sonnabend hat sich in Schwedt in der elterlichen Wohnung der 13jährige Gymnasiast von G. erschossen. Der Knabe, der das dortige Hohenzollern-Gymnasium besuchte, erhielt von seinem Lehrer einen Verweis. Dies nahm sich der Knabe so zu Herzen, daß er während der Pause das Schulgebäude verließ, nach Hause ging und sich dort eine Kugel durch den Kopf schoß. Der Schwerverletzte war nicht mehr zu retten, nach kurzer Zeit gab er seinen Geist auf.

Sturz eines Luftschiffes ins Meer. Einige tausend Meter von der Küste von Camogli entfernt, unweit von Genua, fiel gestern mittag ein Ballon ins Meer. Die Insassen, drei Luftschiffer aus Turin, welche um Mitternacht von dort abgefahren waren und eine Höhe von 4000 Meter erreicht hatten, wurden glücklich gerettet.

Letzte Nachrichten.

Vom Hochwasser.

Gelsenkirchen, 8. Febr. Bei den Rettungsarbeiten im Ueberschwemmungsgebiet sind drei Mann ertrunken.

Lustmord.

Trier, 8. Febr. Der Bergarbeiter Simon in Montoi la Montagne fand, als er von der Nachtschicht zurückkehrte, seine 25jährige junge Frau furchtbar verstümmelt als Leiche vor. Der entmenschte Täter, ein Familienvater, hat Selbstmord verübt.

Graf Sternberg bei Kaiser Franz Josef.

Wien, 8. Febr. Der Reichsrats-Abgeordnete Graf Sternberg hatte heute eine Audienz beim Kaiser. Er erklärte kürzlich im Abgeordnetenhaus, daß er den Kaiser bitten wolle, für die Wiederaufnahme seiner Ehrenangelegenheit zu sorgen.

Der Prozeß gegen die Action Française.

Paris, 8. Febr. Vor dem Polizei-Gericht begann heute der Prozeß gegen die Veranstalter der Kundgebungen der „Action Française." Ueber 100 Beteiligte sind erschienen und erregten durch ihre Haltung großes Aufsehen.

Coquelin Fils †.

Paris, 8. Febr. Der Schauspieler Coquelin der Jüngere ist gestorben.

Zur Balkankrise.

Der türkische Gegenvorschlag zurückgezogen.

Konstantinopel, 8. Febr. Der türkische Gegenvorschlag wurde heute zurückgezogen. Es wurde erklärt, man sei im Prinzip nicht abgeneigt, das russische Anerbieten zu akzeptieren, wolle aber die Liquidation auf später verschieben.

Der russische Botschafter Sinowieff erklärte hierzu, es sei nicht angängig, neue Momente in die Verhandlungen zu tragen. Rußland wolle eine Versöhnung auf dem Balkan herbeiführen und habe nur deshalb die Rolle des Vermittlers übernommen. Die Türkei müsse klar und deutlich sagen, ob sie den russischen Vorschlag annehmen wolle. Andernfalls müsse Rußland die Vermittlung andern überlassen.

Wien, 8. Febr. Von russischer Seite wird zu dem türkischen Gegenvorschlag über gänzliche Ablösung der Kriegsentschädigungssumme geäußert: Die Jahresquote von 350 000 Pfund, welche die Türkei an Rußland noch 74 Jahre zahlen muß, stelle keineswegs eine Rente dar, die abgelöst werden könne. Der Berliner Vertrag habe seinerzeit die türkische Schuld auf ungefähr 700 Millionen Francs festgesetzt und Rußland habe aus Gefälligkeit später darein gewilligt, daß die Schuld in Jahresraten von 8 Millionen getilgt würde. —

Neue Erdstöße in Süd-Italien.

Messina, 8. Febr. Neue Erdstöße wurden sowohl in Messina als in Ragun und Lenteni verspürt. Unter der Bevölkerung brach eine heftige Panik aus.

Unterhaltungsblatt.

Stolze Herzen. Frei nach dem Englischen von Klara Rhelnau. (Forts.) — Eitelkeit. Drei Skizzen von C. Heerdegen. — Bunte Zeitung: Chirurgie der Dermische. Wilde Tiere und die Musik. „Menschen zu verkaufen." — Literatur.

Leitung: Wilhelm Georg.
Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Sport: Eugen Brinkmann; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Handelsteil: Erwin Alexander-Katz; für den Inseratenteil: Friedrich Endrulat; Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.
— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. — einschließlich „Unterhaltungsblatt").

Großartige Existenz!

Mit einer Kapitalanlage von ca. 4—5000 Mk. ist in Halle ein jährlicher Reingewinn von mindestens

10000 Mark

mühelos und reell zu erzielen, auch als Nebenerwerb. Ernstliche Reflektanten, die über obiges Kapital verfügen, erhalten nähere Auskunft am Dienstag, vormittags von 10—1 Uhr und nachmittags von 3—6 Uhr im Hotel „Goldene Kugel" durch Herrn Busse.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19090209014/fragment/page=0004

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Vom internationalen Zuckermarkt.

(Bericht der „Saaale-Ztg.")

Der Witterungsumschwung verursachte an den Zuckermärkten den Eintritt schwächerer Tendenz und Nachgeben der Kurse. Das Tauwetter lässt binnen kurzem die Wiederaufnahme der Elbschiffahrt möglich erscheinen und damit die Auffüllung des stark zusammengeschmolzenen Hamburger Lagerbestandes. Die Kurse gingen, wenn auch nur langsam so doch stetig zurück. Die wiederum grossen Cuba-Ankünfte sprachen dabei mit. Aber auch die Tatsache, dass das Geschäft im Inlande in vollkommene Stockung geraten war, beeinflusste die Gesamttendenz des Marktes nach unten. Die verhältnismässig geringe Aufnahmefähigkeit des englischen Marktes erklärt sich noch immer aus den bisher vorgelegenen billigeren österreichischen Anstellungen, ebenso aber auch aus Angebot, das von Amerika her in granulierten Zuckern vorlag. Wenn auch nicht umfangreich, so ist dieses Angebot doch schon seit einigen Wochen vorhanden und trug zu der Zurückhaltung der englischen Käufer bei, die deutsches Angebot ziemlich unbeachtet liessen. Der abermalige Rückschlag der Preise in Amerika um drei Punkte, der gleich zu Anfang der Woche eintrat, war natürlich auch nur geeignet, verstimmend zu wirken. Die Verhältnisse auf Cuba liegen so, dass die Erntearbeiten kräftig gefördert werden können. Trotzdem steht es aber noch keineswegs fest, dass die höchsten Schätzungszahlen erreicht werden. Ebenso zweifelhaft ist es, welchen Umfang der kommende Rübenbau in Europa einnehmen wird. Die Ungewissheit über diese beiden wesentlichen Fragen erklärt namentlich die Zurückhaltung der Meinungskäufer.

Die statistischen Verhältnisse zeigen folgende Veränderungen: Der Hamburger Lagerbestand verminderte sich um 5800 (Vorjahr 700) Sack und beläuft sich nunmehr auf 119 400 (Vorjahr 413 500) Sack. — Die englischen Vorräte stellen sich nach einer Verminderung um 15 400 (Vorjahr 3000) dz auf 783 500 (Vorjahr 866 500) dz. — Die Stocks in der amerikanischen Union nahmen um 1000 Tons ab (Vorjahr Erhöhung um 13 000 Tons) und betragen nunmehr 82 000 (Vorjahr 93 000) Tons. — Die cubanischen Vorräte erhöhten sich um 26 000 (Vorjahr 17 000) Tons und erreichen jetzt die Höhe von 91 000 (Vorjahr 45 000) Tons. — Die sichtbaren Weltvorräte stellen sich nach einer Zunahme um 23 800 (Vorjahr 32 000) Tons auf rund 3 636 500 gegen 3 650 400 Tons zu der entsprechenden Zeit des Vorjahres.

Am Kornzuckermarkte herrschte zu Anfang ruhige Haltung. Die Produzenten konnten dabei verschiedene Abstösse an die Inlandraffinerien zu bestehenden Preisen vornehmen. Sehr bald aber zogen sich die Käufer zurück bezw. boten geringere Preise, die von den Produzenten abgelehnt wurden. Dadurch geriet das Geschäft ins Stocken und um Mitte der Woche konnten nicht einmal mehr Preisfestsetzungen vorgenommen werden. Im weiteren Verlaufe machte sich schwache und matte Tendenz geltend und die Kurse gingen zurück. Zu den gewichenen Werten kam es nur hin und wieder zu kleineren Abschlüssen. Namentlich das eingetretene Tauwetter veranlasste die Raffinerien, die geforderten Preise nicht mehr zu bewilligen. Bei ruhigem Schluss ergibt sich für Ersterzeugnisse ein Verlust von 12½ bis 15 Pfg. gegen den Schluss der Vorwoche. Nachprodukte verloren 10—15 Pfg. Bemerkenswert war die Zunahme des Angebots in Ware der neuen Ernte. Trotzdem kaum Nachfrage für sie bestand, wurden verschiedentlich Abschlüsse erzielt, da die Fabriken in niedrigere Preise willigten. — Am Terminmarkte wechselte die Tendenz zwischen ruhig und schwach. Der Geschäftsverkehr blieb dabei durchweg geringfügig und die Preise bröckelten allmählich, von kleineren Erholungen unterbrochen, ab. Mehrfach kam es zu Gewinnbegleichungen. — Am Raffinademarkte blieb die Haltung still, trotzdem die Raffinerien ihre Forderungen um ⅛ Mk. für 50 kg ermässigten. Die Abforderungen auf alte Schlüsse belebten sich in Aussicht der baldigen Aufnahme der Elbschiffahrt. Die englischen Gebote der deutschen Granulated bleiben zu niedrig.

Ertrag und Qualität der Zuckerrüben in Russland im Jahre 1908.

Nach den von den Akziseverwaltungen der Hauptverwaltung für indirekte Steuern und fiskalischen Getränkeverkauf eingereichten Daten, die sich auf den 1. November beziehen, sind im Jahre 1908 3 604 913 Berkowez Rüben weniger geerntet worden als im Vorjahre. Der Rückgang der Erntemenge ist nicht in allen Rübenbaugebieten zu verzeichnen, sondern nur in dem zentralen, dem östlichen und polnischen. Das Hauptanbaugebiet der Rüben — das südwestliche — hat dagegen einen Mehrertrag gegen das Vorjahr von 1 647 272 Berkowez ergeben.

Hinsichtlich der Qualität der Rüben, die übrigens im laufenden Jahr etwas schlechter ist als im Vorjahre, gilt das Gegenteil; in der Zeit von 1895 bis 1908 kann man eine fortgesetzte Besserung der Qualität konstatieren, was für eine fortschreitende Hebung der Technik der Rübenkultur spricht.

In den einzelnen Anbaugebieten ist die Qualität der Rübe unbeständig; immerhin kann man sagen, dass, abgesehen von gewissen Schwankungen nach oben oder nach unten, das polnische Gebiet hinsichtlich des Zuckergehalts, der Güte und des technischen Werts der Rübe an erster Stelle steht; dann folgt das zentrale, das südwestliche Gebiet, endlich — an letzter Stelle — das östliche Gebiet.

Berliner Börse. Bei Schluss der gestrigen Börse notierten: Kredit 201, Diskonto 189,90, Deutsche Bank 246,75, Kanada 173,37, Paketfahrt 112,37, Nordd. Lloyd 91,37, Russische Anleihe von 1902 82,80, Laurahütte 200, Bochumer Guss 223,70, Harpener 189,87, Gelsenkirchen 186,75, Berliner Handelsgesellschaft 174,12, Baltimore 110,60, Phönix 168,75, Dresdner Bank 152,75, Schaaffhausen 138,12, Lombarden 17,80, A. E.-G. 225,25, Siemens & Halske 202, Deutsche Uebersee 149,50. — Tendenz: Ziemlich fest.

Am Kassamarkt notierten höher: Schultheiss-Brauerei 5, Patzenhofer Brauerei 5, Deutsche Ansiedlungsbank 7, Stettiner Chamotte 2,25, Harkort Brücken 4, Harkort Brücken 4,10, Baer & Stein 5,25, Schering 2, Deutsche Gasglühlicht 8, Hubbe Steingut 3, Varziner Papierfabrik 2,50, Girmes & Co. 3,50, Nordd. Jutespinnerei 3, Renner Spinnerei 4, Kaliwerke Aschersleben 1,50, Bismarckhütte 3,20, Donnersmarckhütte 4, Kattowitzer Bergbau 6, Kruschwitz Zucker 2; niedriger: Hofmann Waggon 3, Lapp 7,25, Leipziger Werkzeug 4, Panzer 2,25, Rhein. Metall 2,50, Schwartzkopff 2,50, Gebhardt & König 4,50, Rhein.-Nassau 1,25, Königsborn 2,25.

Londoner Börse vom 8. Febr. Es notierten: Engl. Konsols 83,87, Rio Tinto 69,62, Geduld 2,50, Goldfields 4,87, Steel com. 53,50, Steel prefs. 117,75, Rand Mines 8,03, Anaconda 9,25.

Die Kaligewerkschaften Heldrungen I und II erlitten im Jahre 1908 einen Verlust von 22 236 Mk. Der Verlust hat, wie aus dem Abschlussbericht der Verwaltung hervorgeht, seinen Grund in einer achtwöchigen Betriebseinstellung, die im letzten Quartal 1908 wegen einer Betriebsstörung eintreten musste. Die ersten drei Quartale hatten einen Gewinn von 57 994 Mk. erbracht, das letzte Quartal einen Verlust von 79 730 Mk. Immerhin bedeutet das Resultat einen wesentlichen Fortschritt gegen 1907, dem Jahre der Laugeneinbrüche auf Heldrungen, das mit einem Verlust von ca. 1,2 Mill. Mk. abschloss.

Bismarckhütte Akt.-Ges. in Bismarckhütte. Die ordentliche Generalversammlung genehmigte einstimmig die Erhöhung des Aktienkapitals um 6 Mill. Mk.

Elektrotechnische Fabrik Rheydt, Max Schorsch & Co. Akt.-Ges. Der Aufsichtsrat beschloss, nach Abschreibungen und Reservestellungen, die als reichlich bezeichnet werden (i. V. 61 980 Mark Abschreibungen, 24 243 Mk. an den Reservefonds), die Verteilung einer Dividende von 7 Proz. (wie i. V.) in Vorschlag zu bringen.

Westdeutsche Jutespinnerei und Weberei Beuel. Der Aufsichtsrat beschloss, in der Generalversammlung bei Abschreibungen und Rückstellungen, die die Verwaltung als reichlich bezeichnet, eine Dividende von 9 (7½) Proz. und 38 Mk. für den Genussschein vorzuschlagen.

Die Kammgarnspinnerei Gautzsch in Leipzig kann diesmal keine Dividende ausschütten. Im Vorjahr wurden 6 Proz. verteilt.

Prämien-Kursbericht

der Bankfirma Samuel Zielenziger, Berlin.
8. Febr. 1909.
Telegramm-Adresse: „Bahnenbank Berlin".

Die Firma war heute zu nachstehenden Sätzen Verkäufer für Vorprämien bezw Käufer für Rückprämien:

	Vorprämien.		Rückprämien.	
	Febr.	März	Febr.	März
Lombarden	18 3/8 - 1/8	18 5/8 7/8	17 7/8 - 1/8	16 7/8 7/8
Franzosen	145 3/4 - 1	146 1/4 - 1 3/8	143 3/4 - 1	143 3/4 - 1 3/8
Baltimore	111 7/8 - 1 1/4	112 3/4 - 2 1/8	109 3/8 - 1 1/4	108 1/2 - 2 1/8
Canad. Pacific	175 1/4 - 1 1/2	176 3/8 - 2 1/2	172 1/4 - 1 1/2	171 3/8 - 2 1/2
Türken-Lose	148 3/4 - 1 1/4	156 - 2	—	—
Darmstädt. B.	135 3/4 1 1/2	161 7/8 - 2	130 3/8 - 1 1/2	129 3/8 - 2
Disc. Comm.	191 1/4 - 1 1/2	191 7/8 - 2	188 1/4 - 1 1/2	187 7/8 - 2
Berl. Hdlsges.	175 3/4 - 1 1/2	176 3/8 - 2	172 3/4 - 1 1/2	172 3/8 - 2
Dtsch. Bank	247 3/4 - 1 1/2	248 5/8 - 2 1/2	244 3/4 - 1 1/2	244 5/8 - 2 1/2
Dresdner Bk.	156 3/8 - 1 1/2	154 7/8 - 2	151 3/8 - 1 1/2	150 7/8 - 2
Oesterr. Cred.	206 1/4 - 1 1/4	208 1/4 - 3	193 3/4 - 1 1/4	199 1/4 - 3
Russenbank	139 7/8 - 1 3/8	140 1/4 - 2	—	—
Dynam. Trust	161 5/8 - 1 3/4	162 1/2 - 2 1/2	158 7/8 1 3/4	157 1/2 - 2 1/2
Hamb. Packet	114 3/8 1 3/8	114 7/8 - 2 1/8	111 1/8 - 1 3/8	110 5/8 - 2 1/8
Nordd. Lloyd	93 5/8 - 1 5/8	93 7/8 - 2 1/8	90 1/8 - 1 5/8	89 5/8 - 2 1/8
Prince Henry	122 1/4 - 1 3/4	123 1/2 - 2 5/8	118 3/4 - 1 3/4	117 7/8 - 2 5/8
Gr. Berl. Strb.	183 3/4 1 3/4	184 3/8 - 2 1/2	180 1/4 - 1 3/4	179 3/8 - 2 1/2
3% Reichsanl.	87 3/4 - 1/8	87 7/8 - 3/8	—	—
Russen v 1902	84 1/2 - 3/8	84 3/4 - 7/8	—	—
Bochumer	225 3/8 - 2 1/8	226 1/2 - 3	221 1/2 - 2 1/8	220 1/2 - 3
Laura	20[illegible] 5/8 - 2 1/8	203 5/8 - 3	198 1/2 - 2 1/8	197 5/8 3
Gelsenkirch.	188 7/8 2 1/8	189 3/4 - 2 7/8	184 5/8 - 2 1/8	184 - 2 7/8
Harpener	192 5/8 - 2 1/8	193 1/2 - 2 7/8	188 3/8 - 2 1/8	187 3/4 - 2 7/8
Phönix	171 1/4 2 1/4	172 1/4 3 1/8	166 3/4 - 2 1/4	166 3 1/8
D.-Luxemb.	155 3/4 - 2 1/4	157 3 3/8	151 1/4 - 2 1/4	150 1/4 - 3 3/8
Dortmunder	63 - 1 3/4	63 5/8 - 2 3/8	—	—
A. E. G.	228 2 1/4	229 1/8 - 3 1/8	223 1/2 2 1/4	222 7/8 - 3 1/8

Vorprämien per März: Lombarden 18 3/4 - 1 1/8, Baltimore 146 3/4 bis 1 3/4, Canada 177 3/8 - 3 1/2, Türken — —, Darmstädt. Bank — —, Bochumer 227 7/8 - 3 7/8, Laura 204 3/4 - 3 3/4, Gelsenkirchen 190 7/8 - 3 5/8, Phönix 173 3/8 - 4, Harpener 194 1/2 - 3 5/8, A. E. G. 230 5/8 - 3 7/8.

Nachfrage- und Angebot-Preise von Kali-Kuxen,
von Samuel Zielenziger, Berlin und Essen. 8. Febr.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Adler-Kali V.-A.	65	68	Hugo	2400	2500
Alexandershall	6800	6950	Immenrode	3300	3400
Beienrode	4700	4800	Johannashall	3350	3500
Burbach	11,600	11,900	Justus I	72	73
Carlsfund	5800	5950	Kaisereda	6700	—
Cecilienhall	—	15	Krügershall-Akt.	77	79
Desdemona	5500	—	Ludwigshall	72	74
Dtsch. Kali-Akt.	100 1/2	101 1/2	Neustassfurt	9000	9500
Deutschland	3100	—	Reichskrone		
Friedrichshall	98	100	(Lossa)	1000	1150
Glückauf			Roland	—	50
Sondershausen	16,000	—	Ronneberg (Akt.)	120	121 1/2
Günthershall	4000	4150	Rothenberg	1540	1575
Hann. Kal Akt	24	28	Sachsen-Weimar	2550	—
Hansa	2900	3000	Schieferkaute	—	—
Hattorf Vorz.-A.	79	81	Siegfried I	3200	3300
Heldburg	57	58	Sigmundshall	117	121
Heldrungen I	1225	1275	Teutonia-Akt.	156	159
Heldrungen II	1025	1075	Wilhelmshall	9400	9700
Hermann II	1785	1835	Wintershall	11,600	12,100
Hohenfels	5750	6000			
Hohenzollern	3350	3450			

Wochenbericht über den Markt für Bergwerksanteile (Kuxe)

von Samuel Zielenziger, Bankgeschäft, Berlin/Essen a. Rh.

In der wenig erfreulichen Lage der Kohlenindustrie ist auch in der abgelaufenen Woche eine Wendung zum Besseren nicht eingetreten, so dass die Haltung des Kohlenkuxenmarktes weiter nach unten neigte. Auch die Verhandlungen des Bergarbeiterkongresses, welche Befürchtungen wegen Arbeiterschwierigkeiten zu erwecken geeignet wären, trugen das ihrige dazu bei, die Stimmung ungünstig zu beeinflussen.

Besonders einige schwere Werte waren stärkeren Rückgängen unterworfen. So waren Constantin der Grosse 1500 Mk. billiger angeboten, ohne Käufer zu finden. Friedrich der Grosse waren 2500 Mk. billiger erhältlich und gingen mit 21 000 Mk. in andere Hände über. Dorstfeld verloren ca. 1000 Mk., konnten jedoch gegen Wochenschluss ca. 700 Mk. ihres Verlustes wieder einholen. In diesem Papier vollzogen sich mehrfache Umsätze. Schwach lagen ferner Graf Schwerin und Königin Elisabeth, welche 500 Mk. resp. 1000 Mk. einbüssten. Auch Graf Bismarck mussten sich einen Kursabschlag von 1500 Mk. gefallen lassen. Gute Haltung zeigten dagegen Langenbrahm und Mont Cenis, in denen auf vorwöchentlicher Basis vereinzelt Abschlüsse getätigt wurden. Auch Lothringen wiesen eine stabile Haltung auf und gingen zu unveränderten Kursen durch die Woche. Der vorliegenden Kaufneigung kam das Angebot nicht entgegen, so dass Umsätze in diesem Papier nicht zustande kamen. Heiene und Amalie erfuhren gleichfalls keine Veränderung ihrer nominellen Notiz. Mittlere Werte legten grössere Widerstandsfähigkeit an den Tag. Nur Eintracht Tiefbau gaben ca. 500 Mk. nach, während Heinrich und Tremonia mit einem Rückgange von ca. 100 Mk. davon kamen. Deutschland bei Hasslinghausen, Johann Deimelsberg und Trappe wichen von ihren vorwöchentlichen Notizen kaum ab.

Von kleineren Werten waren Alte Haase und Freie Vogel billiger erhältlich, doch waren auf ermässigter Basis Käufer zu beemrken. Die Kuxe der im Ausbau begriffenen Unternehmungen Hermann I—III und Trier litten unter Angebot. Erstere verloren ca. 150 Mk., letztere ca. 250 Mk.

Von Braunkohlenpapieren mussten Regiser und Schallmauer ihr Preisniveau ermässigen. Bellerhammer, Lucherberg, Germania und Hamburg veränderten sich nicht.

Der Markt für Kaliwerte verkehrte in der zu Ende gehenden Berichtswoche in sehr fester Grundtendenz. Es verlautet, dass der Kaliabsatz sich in erfreulicher Entwickelung befindet, so dass demgemäss auf gute Quartalsergebnisse gerechnet werden darf. Die vielfach erörterte Hattorf-Affäre vermochte der Haussebewegung keinen Einhalt zu tun, da man an einer endgültigen Beilegung der Differenzen nicht zweifelt. Es ist zu konstatieren, dass das Interesse für Kaliwerte in immer weitere Kreise dringt.

Von schweren Werten erfreuten sich Beienrode, Burbach, Wilhelmshall und Wintershall einer Kurssteigerung von je 100 Mark, während Alexandershall eine Kursavance von 50 Mk. und Hohenzollern eine solche von 150 Mk. aufweisen konnte, in Carlsfund wurden einige Umsätze zu einem ca. 100 Mk. höheren Kurs getätigt. Auch Glückauf Sondershausen konnten im Laufe der Woche einige 100 Mk. im Kurse gewinnen.

Von Mittel- und Schachtbauwerten standen Hermann II zu einem um 30 Mk. und Deutschland-Justenberg zu einem um 25 Mk. höheren Kurse im Verkehr. Heldrungen I beschliessen die Woche mit einer Kursaufbesserung von 25 Mk. und Siegfried I mit einer solchen von 50 Mk.

Das Hauptinteresse konzentrierte sich auf den Aktienmarkt, auf dem in einigen Werten eine intensive Haussebewegung zu verzeichnen ist. An der Spitze standen Teutonia-Aktien, die von guter Seite aus dem Markt genommen wurden und die Woche mit einer Kurssteigerung von ca. 37 Proz. verlassen. Wie verlautet, soll diese Gesellschaft, welche sich, wie wiederholt an dieser Stelle erwähnt worden ist, in sehr guter Entwickelung befinden, und die über eine Gerechtsame von ca. 300 000 Morgen verfügt, mit einem Konsortium wegen Abstossung einiger Felder in Unterhandlung stehen. Auch Heldburg-Aktien wurden auf die Mitteilung hin, dass die Gesellschaft den Prozess, welchen sie gegen die Gründungsinteressen auf Herausgabe von 2 322 000 Mk. Aktien angestrengt hatte, gewonnen habe, zu einem um 3¾ Proz. höheren Kurse aus dem Markte genommen. Friedrichshall konnten ihren Kurs um ca. 13 Proz. erhöhen. Man spricht davon, dass die geplante Anleihe nunmehr perfekt sein soll. Von den Aktien des Südharzkonzerns wurden Deutsche Kali ca. 3½ Proz., Ludwigshall ca. 3 Proz. und Nordhäuser Kali ca. 2 Proz. höher bewertet. Auch Ronnenberg und Krügershall konnten ihre Kurse um ca. 3½ Proz. befestigen. Eine Ausnahme bildeten Sigmundshall, welche die Woche mit einer Kurseinbusse von ca. 10 Proz. verlassen.

Von Erzwerten bestand für Henriette und Viktoria zu erhöhten Preisen Kaufneigung. Auch Bautenberg und Eiserne Union zogen etwas an. Wildberg beharrten ohne erhebliches Geschäft auf vorwöchiger Basis.

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktenbörse. 8. Febr. Am Frühmarkt notierten: Weizen inländ. 214—216. Roggen inl. 165—165,50. Hafer, märkischer mecklenburg., pommerscher, preuss., posenscher u. schlesischer frei 175—183, mittel 172—175, gering 167—171. russischer mittel u. gering —,—. Mais, runder 165,00—167 00. Gerste, inländ. Futtergerste mittel und gering 154—164, gute 165—180, russische und Donau leichte 136 bis 141. Erbsen inländ. und ausländischer Futterware 182—187, kleine —,—. Weizenmehl 00 26,00—28,75. Roggenmehl 0 und 1 20,50—24,50. Weizenkleie 11,25—12,00. Roggenkleie 11.50—12,00. (Alles frei Bahn.)

Hamburg, 8. Febr. (Getreidemarkt.) Weizen fest, Ostholst. Mecklbg., 212—214. Roggen ruhig, Mecklburg. und Pomm. 165—172, Gerste ruhig, südruss. 116—117. Hafer fest, Holst. 169—175, Mecklenburger 170—175. Mais fest, La Plata 120—122 mixed. 122—128.

Pest, 8. Febr. Weizen behauptet, per April 12,76 Gd., 12,77 Br. Roggen per April 10,05 Gd., 10,06 Br. Hafer per April 8,58 Gd., 8,59 Br. Mais per Mai 7,25 Gd. 7,26 Br.

Liverpool, 8. Febr. Roter Winterweizen per März 7,11, per Mai 7,10. Stetig. Mais, bunter, amerikanischer per März 5,5 1/8, per Mai 5,5 1/4. Ruhig.

London, 8. Febr. Balticmarkt. An der Küste angekommene Weizenladungen zum Verkauf — angebotene Weizenladungen. Weizen fest, Mais fest, Gerste ruhig, Hafer stetig.

Zucker.

Hamburg, 8. Febr. Rübenrohzucker, 1. Produkt, Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg

	vorm.	nachm.	abends
per Februar	20,20	20,15	20,15 Mk.
„ März	20,30	20,30	20,25 „
„ Mai	20,55	20,50	20,50 „
„ August	20,85	20,80	20,80 „
„ September	19,50	19,45	19,45 „
„ Oktober	19,40	19,35	19,35 „
	behauptet	ruhig	ruhig

Kaffee.

Hamburg, 8. Febr. Good average Santos

	vorm.	nachm.	abends
per März	34 1/4 Gd.	34 1/2 Gd.	34 1/2 Gd.
„ Mai	33 3/4 Gd.	34 1/4 Gd.	34 1/4 Gd.
„ September	32 1/4 Gd.	32 1/4 Gd.	32 1/2 Gd.
„ Dezember	31 3/4 Gd.	31 3/4 Gd.	31 3/4 Gd.
	behauptet	behauptet	ruhig

Rio de Janeiro, 8. Febr. Kaffee-Zufuhren 10 000 Sack in Rio 30,000 Sack in Santos.

Havre, 8. Febr. Kaffee good average Santos per März 44, per Mai 43 1/2, per Sept. 41 1/4, per Dez. 40 1/2. Stetig.

Eier.

Berlin, 8. Febr. Eier pro Schock, vollfrische in- und ausländ. —,— —,—, südrussische erste Sorte —,—, bessere poln., galiz., ungar. und ähnliche Sorten 5,30—5,40 geringe inländ., poln. und galizische Sorten 5,10 5,20 M., Kühlhauseier (oder Kiste —,—) Kalkeier —,— zweite Sorten —, kleine Eier 4,60—4.70 M. Tendenz: Flau.

Kartoffelmehl und Stärke.

Berlin, 8. Febr. Kartoffelmehl und -Stärke 20,25—20,75. Feuchte Stärke 11,10.

Magdeburg, 8 Febr. Prima Kartoffelstärke und -Mehl für 100 kg 20,00—20,50.

Spiritus.

Nordhausen, 8. Febr. Branntwein 40 Vol. Proz. für 100 kg 105—106 l) 60,50—61,50 M., do. 45 Vol. Proz. für 100 kg (106—107 l) 67,50—68,50 M. per loko-Lieferung ohne Fass ab Brennerei.

Fettwaren und Oele.

Köln, 8. Febr. Rüböl loko 64,50, per Mai 60.50.

Hamburg, 8. Febr. Stadtschmalz 58,00, amerik. Steam 48,50, Chamberlain 49,00. Ruhig.

Wolle.

Bremen, 8. Febr. Baumwolle ruhig. Upl. loko middl. 48,50 Pfg.

Liverpool, 8. Febr. Baumwolle. Umsatz 8,000 Ballen, davon Import 9,000 Ballen, davon Amerikaner —, Ballen. Stetig.

Liverpool, 8. Febr. Aegyptische Baumwolle per März 8,03.

Alexandria, 8. Febr. Aegyptische Baumwolle per März 15,07, Mai 15,15, Nov. 15,10.

Metalle.

London, 8. Febr. Chili-Kupfer fest 58 7/16, 3 Mon. 59 3/8, Zinn Straits fest 126 1/4, 3 Monat 128. Blei span., träge 13, englisch 13 3/8. Zink, gewöhnliche Marke, träge 22 1/2, spez. Marke 23.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Emden.

New York.	8.2.	6.2.	Chicago.	8.2.	6.2.
Weizen p Mai	113 7/8	112 3/8	Weizen p. Mai	110 1/2	110 1/4
„ „ Juli	106 1/4	105	„ „ Juli	99 3/4	98 7/8
Mais p. Mai	70 7/8	70 7/8	Mais p. Mai	63 5/8	63 5/8
„ „ Juli	70 3/4	70 3/4	„ „ Juli	63 1/4	63 3/4
Mehl Spring clears	4,30	4,25	Hafer p. Mai	52 1/8	51 7/8
Kaffee Fair Rio Nr. 7	7,14	7,12	„ „ Juli	46 3/4	46 1/2
„ p. Febr.	6,40	6,25	Roggen p. Mai	84	80
„ „ März	6,40	6,25	Schmalz „ Mai	9.60	9,60
Petroleum in Cases	10,90	11,00	„ „ Juli	9,70	9,70
do. in New York	8,50	8,50			
do. in Philadelphia	8,45	8,45			

Tendenz: Weizen erregt, Mais fest.

Wasserstände.

(+ bedeutet über. — unter Null.)

Saale und Unstrut.					Fall	Wuchs
Artern, Brückenpegel	7. Febr.	+4,64	8. Febr.	+3,80	—	66
Nebra, Oberpegel	„	+3,30	„	+3,50	—	20
„ Unterpegel	„	+3,22	„	+3,38	—	16
Weissenfels, Oberpegel	„	+4,94	„	+3,90	104	—
„ Unterpegel	„	+4,80	„	+3,90	90	—
Trotha	7. „	+4,24	8. „	+6,78	—	254
Alsleben, Oberpegel	7. „	+2,28	8. „	+2,60	—	32
„ Unterpegel	„	+0,94	„	+2,10	—	116
Bernburg	„	+3,28	„	+4,28	—	100
Kalbe, Oberpegel	„	+2,30	„	+2,82	—	52
do. Unterpegel	„	+3,00	„	+4,02	—	102

Iser. Eger. Elbe. Moldau.

	Febr.	Fall	Wuchs		Febr.	Fall	Wuchs
Budweis	7. +1,30	—	112	Torgau	8. +5,58	—	138
Prag	„ +0,95	—	—	Wittenberg	„ +3,97	—	99
Jungbunzl.	„ +0,70	15	—	Rosslau	„ +3,46	—	49
Laun	„ +4,25	—	195	Barby	„ +4,38	—	225
Pardubitz	„ +1,65	—	81	Magdeburg	„ +3,60	—	78
Brandeis	„ +1,80	—	58	Tangermde.	„ +3,58	—	197
Melnik	„ +3,72	—	391	Wittenbrge.	„ +1,64	—	72
Leitmeritz	8. +3,08	142	—	Dömitz, Peg.	7. —1.63	—	25
Aussig	„ +4,54	148	—	Hohnstorf	8. +0,78	58	—
Dresden	„ +3,61	—	18	Lauenburg	„ +0,86	46	—

Alsleben Eisgang. Bernburg, Calbe, Ober- und Unterpegel, Eisgang. Leitmeritz Treibeis. Wittenberg, Rosslau, Barby, Magdeburg, Tangermünde, Wittenberge Eisgang stark. Lauenburg Eisgang mässig. Gestern mittag Eisaufbruch durch Eisbrecher.

Aussig, 7. Febr. Von den oberen Plätzen werden 90 cm Fall gemeldet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19090209014/fragment/page=0005
DFG

Die Rubrik in Cursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:
1 1. Jan. | *4* 1. Apr. | *7* 1. Juli | *O* 1. Okt. | *a* 1.1.7. | *d* 1.4.10. | *g* 15.3.9. | *k* 15.6.12. | *q₁* quartaliter 1.1.4.7.10.
2 1. Fbr. | *5* 1. Mai | *8* 1. Aug. | *N* 1. Nov. | *b* 1.2.8. | *e* 1.5.11. | *h* 15.4.10. | *l* 11.6.12. | *q₂* do. 1.2.5.8.11.
3 1. Mrz. | *6* 1. Juni | *9* 1. Spt. | *D* 1. Dez. | *c* 1.3.9. | *f* 1.6.12. | *i* 15.5.11. | *v* versch. | *q₃* do. 1.3.6.9.12.

Berliner Börse, 8. Febr. 1909

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Lew, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70, 1 Kr.: 0,85. — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40 M.
Berlin. Bankdiskont 4%, Lombardzinsfuß 5%, Privatdiskont 2½%.
Nachdruck verb.

Dtsch. Fds. u. Staats-Pap.

Dt. Rchs.-Sch.	d	4	101.80G
do. 1.4.12	d	4	102.10G
do. 1.7.12	d	4	102.03bB
do. 1.4.09	d	3½	100.20G
Pr. Schatz 12	a	4	101.80G
Dt. Rchs.-Anl.	v	3½	95.40bG

Schwerin i M	a	3½	94.30G
Spandau 91	d	4	—.—
do. 95	d	3½	—.—
Stargardi P.	d	3½	—.—
Stendal 01	a	3½	94.00G
do. 03	d	3½	—.—
Stettin	a	3½	94.00G
do. 1904	d	3½	94.25b
Teltow Kreis	d	3½	94.00bG

Russ. EBA. I. II	q₁	4	84.00b
do. do. 02	q₁	4	—.—
do. do. 05	q₁	4½	98.80bG
do. Staatsrnt	q₃	4	76.70b
do. Nicolai-B.	e	4	—.—
do. Prm. A. 64	d	5	—.—
do. do. 66	c	5	—.—
do. Bodencr.	e	5	107.50B
do. cons. Obl.		3.8	76.25B

Halle-Hettst	d	3½	—.—
Halb. Blak. 84	a	3½	93.00G
do. 95	d	3½	93.00G
Mekl. Fr. Wih	a	4	100.10G
Nordh. Wrn. E	d	4	—.—
Zschpk. Finst.	d	3½	—.—
Böhm. NrdbG	a	4	98.90G
Dux-Bodnb. fl	a	5	—.—

Nrdd. Gr. III-V	a	4	99.60G
do. VI	d	4	99.60G
do. X. XI	a	4	99.70G
do. XII	d	4	99.83bG
do. XIV	d	3½	95.50G
do. XV. u. 15	a	4	100.00G
do. XVI. u. 17	a	4	100.75G
do. VII.-IX.	a	3½	93.50bG

Kattow. Bgw.	d	*3½	93.50bG
Kn. Marienh. 5	a	*4	97.40G
König Wilh. 2	a	*4½	101.00G
do. uk. 1910	a	*4	—.—
Krupp-Oblig	d	*4	100.25b
do. 1908	a	*4	100.00bG
Lahm. & Co. 3	d	4½	102.60B

Wien. Bankvr	1	7½	—.—
Cib. (Ebw) Ob. 3	a	4	92.70bG
Dtsch. Ans. 6	a	4	94.75G
Landb. Obl. 3	a	4½	100.00bG
B. f. Orat. Eb. 0	a	4	99.00G

Brauerei-Aktien

Berliner

Brl. Unionsbr	O	3	100.00bG
Bock. cv. u. n.	O	5	109.00bG

Butzke Met.	1	6½	102.50bG
Calmon Asb	1	6	97.50B
Carol. b. Offl.	1	30	396.60bG
Carlshütte	7	7½	113.25b
Cart. Loschw	7	19	302.00bG
1601-2600	7	9	159.00bG
Cassel Fedst	1	12	198.50bG
Charlottenh.	7	8	114.50bG
Charl. Wass.	O	14	302.00bG
Buckau	1	12	182.00bG

Kahla Porz.	1	12	310.00B
Kali Aschrsl.	1	10	134.40b
Kapler Mech	1	4	96.25b
Kattowitz Bg	4	14	258.00bG
Keula Eisen	7	5	97.00G
Keyling & Th.	1	8	124.00G
Kirchner & C.	7	16	221.75b
Klaus. Sp. ab	1	4	76.10bG
Köhlmann St.	O	18	259.00bG
Koll. & Jourd.	5	15	256.00bG

Schl. El. u. Gas	1	9	167.80G
do. do. B	1	9	167.25G
do. Kohlen	7	0	15.50bG
do. i. n. Kmst	9	10	140.25bG
do. Ptl. Cem.	1	10	146.00bG
Schf. Schulte	7	10	126.00bG
H. Schneider	1	10	142.30bG
Schöll. EitKg	5	0	89.50B
Schomburg	O	10	138.00G
Schöneb. FrT	1	12	192.00bG